

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Aboabonnementssatz pro Monat inkl. Druckerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung
60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Druckerlohn
75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungsz.
liste Nr. 4180) vierter Abtheilung 1.20 Pf., für 2 Monate 1.20 Pf., für 1 Monat
60 Pf. exkl. Versandgeld.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszzeit 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Biederherstellung Polens oder Niederwerfung des Barismus?

* Leipzig, 23. Juli.

Von einem tüchtigen und mit den Verhältnissen in Russland wie auch in Westeuropa sehr vertrauten russischen Sozialdemokraten gehen uns folgende Zellen zu:

Der Londoner Internationale Kongress wird sich auch über die polnische Frage aussprechen haben.

Wie aus einer gegenwärtig in der Neuen Zeit sich abwickelnden Diskussion ersichtlich, gehen die Meinungen der polnischen Sozialisten über diese Frage weit auseinander. Die „Polnische Sozialistische Partei“ tritt ein für die Wiederherstellung Polens als das nächste politische Ziel des polnischen Proletariats; die „Sozialdemokratie des Königreichs Polen“ (Russisch-Polens) dagegen erhebt die gleiche politische Forderung, wie die russische Sozialdemokratie; die Niederwerfung des Barismus, die Erringung einer demokratischen Verfassung in Russland, die zugleich Polen die nationale Autonomie sichern würde.

Neben den Polen sind an der strittigen Frage am nächsten die russischen Sozialdemokraten interessiert: Es kann in der That für die russische Bewegung nicht gleichgültig sein, welche der beiden polnischen Richtungen die Oberhand gewinnt. Schreibt dieses indes daher als russischer Sozialdemokrat speziell auf diese, bis jetzt in der Diskussion noch nicht berührte Seite der Frage eingehen.

Sie braucht nicht erst zu betonen, daß die russischen Sozialdemokraten ebenso frei von jedem Chauvinismus sind, wie ihre Genossen aller anderen Länder. Die gewaltsame Annexion Polens wurde schon von den ersten Vorläufern des russischen Sozialismus gebrandmarkt. Nikolaus Tschernyschewsky und Alexander Herzen sympathisierten mit dem letzten polnischen Aufstande (1863). Herzen forderte sogar von London aus die russischen Offiziere auf, sich den polnischen Insurgenten anzuschließen. Eine Anzahl demokratisch gesinnter Offiziere machte denn auch gemeinsame Sache mit den Aufständischen gegen die zaristische Regierung. In dieser Beziehung haben die russischen Sozialdemokraten die Sympathien ihrer Vorläufer, treu beibehalten. Die Verurteilung der nationalpolnischen Forderung der Polnischen Sozialistischen Partei beruht bei den russischen Sozialdemokraten auf denselben Erwägungen, wie bei ihren polnischen Gebrüdergenossen.

So lange Russland keine Bedingung für eine sozial-

demokratische Arbeiterbewegung aufstelle, so lange die russische revolutionäre Bewegung hauptsächlich auf die Kreise der Intelligenz, der ideologisch veranlagten Jugend beschränkt war, hatte der Barismus nichts zu befürchten. Die größte Kraftanspannung der revolutionären Intelligenz hatte nur einen Baren zu besiegen vermocht. Der alte Ausspruch von Russlands Regierungsform, daß es eine Despotie, gemildert durch den Menschenmord, sei, bewahrheitete sich am 18. März 1881 (Datum der Tötung Alexanders II.) von neuem. Nur waren die „Wilderer“ diesmal keine Höflinge und verfolgten ganz andere Ziele als die einer Palastintrigue. Um so gresser trat aber gerade das Misverhältnis zwischen dem gewollten und dem erreichten Zweck hervor. Der Barismus blieb nach dem 18. März 1881 dasselbe, was er vordem war.

Ganz anders steht es um den Barismus, seitdem die verborgenen ruhenden revolutionären Kräfte des Kapitalismus genug Spannkraft angesammelt haben, um sich nach außen gestellt zu machen. Die Entstehung eines industriellen Proletariats, das entschlossen und zielbewußt für seine Klasseninteressen zu kämpfen beginnt — das ist die vornehmste Neuerung jener latenten Kräfte. Der letzte Petersburger Massenstreik ist in der proletarischen Welt mit Recht als das Totengelände des russischen Selbstherrschaftsregimes begrüßt worden. Eine 30- bis 40-tausend-läufige Arbeitermasse, die ebenso ruhig und diszipliniert, wie die westeuropäischen Proletarier um ihr Recht kämpft, erhebt als die Verteidiger einer politisch mindigen Klasse gegen die alle Machtmittel des Barismus auf die Dauer nichts helfen können. Wohlgemerkt, der Petersburger Streik ist die größte, die bestorganisierte, aber keineswegs die erste der zielbewußten Regungen des russischen Proletariats. Im Laufe der letzten Jahre häufen sich die Streiks in allen Industriegegenden Russlands immer mehr. Dadurch in höchstem Maße beunruhigt, hat die Regierung vor einigen Monaten ein vertrauliches Rundschreiben an die Fabrikinspektion gerichtet, worin dieser zur Pflicht gemacht wird, die Streiks um jeden Preis zu verhüten.

Nicht umsonst behandelt die zaristische Regierung die Streikenden als Rebellen, nicht umsonst bestraft sie die Ausständigen, abgeschnitten von administrativer Verschickung, mit Gefängnis. Sie fühlt es mit dem bei den Herrschenden hochentwickelten Instinkt der Selbsterhaltung ganz richtig heraus, daß ein einfacher Arbeiter, der sich gegen die ökonomische Ausbeutung auflehnt, kein „treuer Untertan“ mehr ist. Das im Arbeiter erwachte ökonomische Rechtsgefühl muß sich sehr rasch zu einem politischen ausbilden. Streiks,

Inserate werden die beschriebene Zeitung oder deren Name mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinzelungen 15 Pfennige. — Schwerer Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voran zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr fällig in der Expedition eingeschoben sein. — Ausgabezeit Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

stuhle rissen sah. Das Klopfen wurde wiederholt — aber lauter, ungeduldiger.

Hierauf rief Wolfgang sich unwillkürlich von dem Stuhle erhebend und auf die Thür zugehend.

Du bist es, Vater!

Ich bin's, mein Sohn! sagte der Stadtrat, indem er Wolfgang mit großer Zärtlichkeit umarmte; Du hast mich seit einigen Tagen nicht gesehen. Du böser Junge; aber wer heißt Dich auch jedesmal, so oft Dein Vater Dich zu besuchen kommt, in einem so krankhaft tiefen Schlaf liegen. Nun, nun. Du bist ja wieder wohl auf. Das freut mich herzlich. Aber sehe Dich, mein Junge; sehe wie eins; ich bin auch angegriffen, sehr, sehr! Es ist eine heiße Zeit, und man kommt nicht zu Atem.

Du siehst in der That recht abgespannt aus, Vater, sagte Wolfgang, wieder auf dem Armstuhl Platz nehmend, nachdem der Vater sich wenige Schritte von ihm auf das Sofa gesetzt hatte. Wie sieht es denn in der Stadt und draußen in der Welt aus? Ich bin wahrhaftig seit meiner Rückkehr von Rheinfelden, ja, und auch eigentlich schon, seitdem ich in Rheinfelden war, außer allem Zusammenhang mit den öffentlichen Angelegenheiten.

Welt und die Angelegenheiten unseres eigenen kleinen Lebens so ganz in Anspruch nahmen, he? sagte der Stadtrat lächelnd; nun, nun, braucht nicht so rot zu werden, mein Junge! Nieburg kurz oder lang hätte ich es ja doch erfahren, und ich gestehe Dir ganz offen, daß es mir lieb, sehr lieb ist, es gerade jetzt erfahren zu haben.

Wolfgang war durch diese nicht mißzuverstehenden Worte des Vaters in eine sprachlose Verlegenheit gesetzt. Er hatte seinem Vater von Jugend auf so fremd gegenübergestanden; kaum jemals war ein herzliches, vertrauliches Wort zwischen ihnen gewechselt worden; — und jetzt sah er den Vater auf

einenmal im Besitz des Schlüssels zum Geheimnis seiner Geheimnisse.

Zum erstenmal in seinem Leben hatte Wolfgang ein Gefühl des Unmuts gegen seine Mutter. Warum hatte sie dem Vater das gefragt? und ohne ihn vorher zu fragen, ohne ihn auf die Scene vorzubereiten? Es war nicht recht von der Mutter.

Der Stadtrat war ein viel zu kluger Mann, als daß er sich nicht die verwirrten kleinen, den halb düsteren, halb scheuen Blick seines Sohnes richtig hätte deuten können.

Wir haben einen Fehler wieder gut zu machen, lieber Wolfgang, sagte er, und ich meinestils habe mit Freunden diese Gelegenheit dazu ergriffen. Wir hätten schon früher bedenken sollen, daß wir von der Natur zur gegenseitigen Freundschaft, zum gegenseitigen Schutz und Trutz, wenn ich mich so ausdrücken darf, bestimmt sind, und hätten nicht vergessen sollen, daß Vertrauen, offenes, ehrhaftloses Vertrauen die Basis eines solchen Bundes ist. Indessen ist noch nichts verloren; ich könnte Deiner lieben Mutter neidlos den vollen Schatz Deines Vertrauens geben, denn was bisher zwischen Euch verhandelt ist, wird wohl von einer weiter greifenden Bedeutung schwerlich gewesen sein. Aber jetzt steht die Sache anders. Du bist im Begriff, mit einem Schlag die Bahn Deines ganzen Lebens in die Zukunft hineinzuziehen, und ich kenne Dich zu gut, um nicht zu wissen, daß Du Dich mit dem ersten Schritt auf dieser Bahn zu allen übrigen verpflichtet erachten würst. Hier tritt der Vater, hier muß der Vater in seine Pflichten, in seine Rechte treten. Du wirst die väterliche Liebe entgegenstreckt, nicht zurückweisen — nicht wahr, mein Sohn?

Der Stadtrat hatte das in einem so weichen Ton gesagt, die tiefe Bewegung seiner Seele lag so sichtbar an

Seuilleton.

Räuden verboten.

Die von Hohenstein.

Roman von Friedrich Spielhagen.

Das Gefühl des durch die kurze Krankheit neu gestärkten Lebens vereinigte sich bei Wolfgang mit dem für ein junges, reines Gemüt so süßen Bewußtsein, zu lieben und geliebt zu werden, um seine Seele mit einer Heiterkeit zu erfüllen, wie er sie seit seinen Kinderjahren nicht wieder empfunden hatte. Die Zukunft erschien ihm, wie dem tüchtigen Wanderer von der Höhe des Berges ein schönes, sonniges Land erscheint, an dessen Anblick er sich nicht sättigen kann und von dem er zum voraus überzeugt ist, daß ihm in diesem lieblichen Steirer die reizvollsten Abenteuer begegnen müssen. Gwar ist es mit seiner Kenntnis des Weges so ein eigen Ding. Er hat sogar eine unbekümmerte Ahnung, daß dieser Weg gar nicht so leicht zu finden sein dürfte, daß er infolgedessen mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen, manche Hindernisse zu überwinden haben wird. Aber dies reizt nur noch mehr. Ist er doch jung, ist er doch voll Mut und Kraft — da muß sich ja alles and're — und besonders der Weg, der unbekannte Weg — von selber finden!

Ein leises, fast schüchternes Klopfen unterbrach den Jüngling in diesen friedlichen Meditationen. Ohne Zweifel war es die Mutter; sie hatte sich merkwürdigweise diesen ganzen Morgen noch nicht sehen lassen; sie sollte ihn schlafend glauben und erstaunen, wenn sie hereintretend, ihn vollständig angesehnt mitten im Zimmer in dem alten Lehns-

punkt der Bewegung in Petersburg ist, in der Hauptstadt, die eine Viertelmillion Arbeiter zählt und im centralisierten Russland dieselbe politische Bedeutung hat, wie Paris in Frankreich. Siegt die Demokratie in Petersburg, dann hat sie zugleich in ganz Russland gesiegt.

Es gibt jedoch ein industrielles Gebiet im russischen Reiche, wo die Arbeiterbewegung auch in politischer Beziehung bereits einen Massencharakter angenommen hat. Das ist Kongress-Polen. Auf sich allein angewiesen, müßte aber das polnische Proletariat seine Kräfte in einem ganz aussichtslosen Kampfe verzehren. Die Geschichte des Marxismus können nie und nimmer in Warschau entschieden werden. Die Polnische Sozialistenpartei, die durch einen ihrer Vertreter dieser Tage im Vorwärts (Nr. 163—165) zu Worte gekommen ist, erachtet ganz zutreffend, daß es unmöglich sei, „von Warschau aus dem russischen Reiche eine Konstitution aufzudrängen“. Sie über sieht aber zweierlei: 1. daß es dem polnischen Proletariat desto unmöglichster ist, das von ihr aufgestellte politische Ziel, die Wiederherstellung Polens, zu erreichen; 2. daß es sich gegenwärtig nicht um die Aufdrängung einer Konstitution gewissermaßen von außen handelt, da ja bereits im Innern Russlands, im politischen Mittelpunkte des Reiches, junge, täglich erstarrende Kräfte auf die Erringung einer Verfassung hinarbeiten.

Unter diesen Umständen wäre es eine doppelte Kraftvergeldung, wenn das polnische Proletariat sich in die zwar an sich sehr sympathische, aber phantastische Aufgabe der Wiederherstellung Polens verbeißen wollte.

Dadurch würde zugleich die polnische und die russische Bewegung geschwächt werden. Ein gemeinsamer politischer Kampf wäre dann beim besten Willen ausgeschlossen. Zu einem gemeinsamen politischen Kampfe gehört vor allem ein gemeinsames politisches Ziel. Die Polnische Sozialistenpartei will ja aber von dem politischen Ziele der russischen Bewegung nichts wissen. Sie setzt ihm ein nationalpolnisches Ziel entgegen, das notwendig das russische und polnische Proletariat in zwei isolierte Kampsäger trennen müßte.

Ein anschauliches Beispiel für den deutschen Leser: Die deutsche Sozialdemokratie hat gegen die Annexion Elsaß-Lothringens protestiert, wie die russische Sozialdemokratie gegen die Annexion Polens protestiert. Hat sie denn aber deshalb, im Reiche sowohl wie in Elsaß-Lothringen, auch nur einen Augenblick an die von der Polnischen Sozialistenpartei vertretene Taktik gedacht? Haben denn die Elsaß-Lothringischen Sozialdemokraten die Aufführung der Annexion zu ihrem nächsten politischen Ziele gemacht? Und hätten sie das gethan, wer sieht nicht, daß damit eine politische Scheidewand zwischen ihnen und der reichsdeutschen Sozialdemokratie geschaffen worden wäre?

Die Verschiedenheit der beiderseitigen politischen Ziele würde die Russen und die Polen nicht nur isolieren, sondern einander geradezu entfremden. Es wäre auf beiden Seiten keine parallele, sondern eine nach zwei entgegengesetzten Punkten zustrebende Allianz. Die einen würden gegen die bestehende Regierungsform, die anderen gegen den bestehenden Staat kämpfen; das russische Proletariat würde ein Klassenziel, das polnische ein nationales Ziel verfolgen. Von gegenseitiger Unterstützung könnte keine Rede sein. Die russische Sozialdemokratie könnte ebenso wenig für die Wiederherstellung Polens wirken, wie die Polnische Sozialistenpartei für die Niederwerfung des Marxismus, da erstere das nationalpolnische Programm und letztere das politische Programm der russischen Sozialdemokratie als undurchführbar betrachtet. Die Lösung: „Getrennt marschieren und vereint schlagen“ würde hier ins Gegenteil verkehrt werden: „Getrennt marschieren, um einander zu schlagen!“

Man beruft sich innerhalb der Polnischen Sozialistenpartei auf den Bund zwischen der früheren polnischen Organisation Proletariat und der russischen Narodnaja Wolja (vom Anfang der 80er Jahre), um daraus auf die Möglichkeit eines künftigen Zusammengehangs zwischen Polen und Russen zu schließen. Nichts haltloser als dieser Schluss.

seinem ausdrucksvoollen Gesicht, daß Wolfgang die dargebotene Hand des Vaters mit einer Führung ergriff, an welcher — ihm selbst freilich unbewußt — die aus der Krankheit zurückgebliebene Nervenschwäche einen nicht ganz geringen Teil hatte.

Der Stadtrat triumphierte; er hatte sich den Sieg nicht so leicht gedacht. Er beglückwünschte seinen Sohn über die Wahl, die er getroffen, um so mehr, als dieselbe nicht nur von seiner Seite auf einen Widerstand stieß, sondern von allen Seiten gewünscht, befürwortet und als ein Ult der Verschöhnung zwischen den so lange getrennt gewesenen Geschwistern betrachtet wurde.

Lachend sagte der Stadtrat:

Ihr Guten glaubt Euch ganz unbehobachtet, während Ihr in dem schönen Rheinfelder Park Sonne, Mond und Sterne anschwärmet; aber wir Alten hatten schon längst die Köpfe zusammengelegt und waren einig, ehe noch Eure Herzen einig waren. Und weißt Du, wer sich von Anfang an am allermeisten für das junge Pärchen interessiert hat? Dein Großonkel selbst. Ich glaube, der alte Herr würde untröstlich sein, wenn — was Gott verhüten wolle! — sein Lieblingsprojekt aus einem oder dem anderen Grunde nicht zu stande käme; und nicht bloß untröstlich, sondern, wie das bei seiner heftigen Natur ersährlich genug ist, sehr zornig, so zornig, daß —

Der Stadtrat schwieg und strich sich mit der Hand über die Stirn. Er hatte bemerkt, daß Wolgangs Gesicht während des letzten Teiles der Unterredung einen weniger freundlichen Ausdruck angenommen hatte. In der That fühlte sich der Bartinnige durch dies Vereinbrechen einer spürenden, beobachtenden, hinter seinem Rücken: Pläne schmiedenden Welt in das stille und, wie er glaubte, allen unbekannte Heilatum seiner Liebe peinlich genug berührt.

Man vergiftet dabei gerade die Haupsache: daß die beiden genannten Organisationen ein gleiches politisches Programm hatten, nämlich die Niederwerfung des Marxismus. Daher war ein Bund zwischen ihnen ebenso möglich und notwendig, wie er zwischen der Polnischen Sozialistenpartei, die den Standpunkt des Proletariats gegen einen nationalistischen vertauscht hat, und der russischen Sozialdemokratie unmöglich ist.

Einen erheblichen Teil seiner Kraft schöpft der Marxismus gerade aus den nationalen Gegensätzen, die die verschiedenen Rassen und Stämme des russischen Reiches zerstören. Wie jede despottische Regierung, sucht er diese Gegensätze zu verstauen und zu schärfen. An den Sozialisten ist es, diese Taktik des Marxismus zu durchstreuen, nicht sie zu fördern. Sie thun aber tatsächlich, wenn auch gegen ihren Willen, das letztere, wenn sie, wie die Polnische Sozialistenpartei, anstatt der Solidarität der Arbeiterklasse des russischen Reiches ohne Unterschied der Abstammung — die besonderen, rein, nationalen Interessen des einzelnen Stammes ohne Unterschied der Klassenzugehörigkeit zur Grundlage ihres Programms und ihrer Thätigkeit machen.

Es liegt daher im Interesse der Befreiung Russlands vom Marxismus und folglich mittelbar im Interesse der internationalen Arbeiterbewegung, daß die Polen ihr nationales Programm aufgeben, das unter den realen Bedingungen der Gegenwart nur die Kräfte der Feinde des Marxismus zerstören kann.

Der Londoner Kongreß wird sich zweimal besinnen müssen, ehe er die nationalpolnische Resolution der Polnischen Sozialistenpartei annimmt. Insofern der Beschuß eines internationalen Kongresses im gegebenen Falle eine praktische Wirkung haben kann, würden die Vertreter des internationalen Proletariats durch die Annahme jener Resolution der polnischen wie der russischen Bewegung einen schlechten Dienst erweisen. Wie die Männer nun einmal liegen, ist die nationale Forderung der Wiederherstellung Polens nicht nur utopisch, sondern auch der entscheidenden Klassenforderung des gesamten Proletariats des zarischen Reiches, der Forderung der Niederwerfung des Marxismus vollkommen entgegengesetzt, weil deren Verwirklichung hemmend.

Die Wiederherstellung Polens oder die Niederwerfung des Marxismus — ein Drittes gibt es nicht!

Wochen im Annahmedienst thätig war; er behauptet, Bashford habe mit Telegramm-formularen nicht geschlagen, während dies durch drei einwandfreie Zeugen, außer dem Geschlagenen, bestätigt wird. Herr v. Stephan sagt weiter, Kaiser habe ausdrücklich protokollarisch ausgefragt, daß er von niemandem zur Burkziehung des Strafvertrages veranlaßt worden sei, während er, um erklärt, nur auf Wunsch des Generalpostmeisters handle, er so.

Wenn der Staatssekretär nicht in der Lage ist, diese Widersprüche genügend aufzuläsen, so hat er sich zum mindesten einer Missachtung des deutschen Parlaments schuldig gemacht; das wird ihn dafür zur Verantwortung zu ziehen wissen.

Deutsches Reich.

Berliner Brief.

Herr von Stumm, ein Freund der Anarchisten.

K. Berlin, 22. Juli.

Wenn ein Blatt der Bourgeoisie die Anarchisten hänselt, so ist es das Organ des Freiherrn von Stumm, die Post. Wie sie die Anarchisten gegen die Sozialdemokraten ausspielen kann, da ist sie die erste auf dem Plane und neben dem Organe des Herrn von Stumm ist die Post auch das Leiborgan der Berliner Anarchisten. Das muß einmal festgestellt werden: die Post als publizistische Helfershelferin der Anarchisten. Herr von Stumm, der Mann, der die besonnene Arbeiterbewegung wie einen Todfeind hat, spielt zu gleicher Zeit den Liebenswürdigen zu den Männern der That; zwar kein Wunder: Schriftsteller bleibt Schriftsteller, mag er die Arbeiter vertreten wollen oder das Unternehmertum. So veröffentlicht auch wieder die Post einen ausführlichen Auszug aus dem Bericht, den die deutschen Anarchisten dem am Montag beginnenden internationalem Arbeiterkongreß in London vorlegen wollen. Der Bericht behandelt die deutsche Arbeiter- und Gewerkschafts- sowie die politische Bewegung und enthält nichts anderes als eine Verurteilung der deutschen Sozialdemokratie. Der Gang der deutschen Bewegung soll danach nur äußerlich und scheinbar sein, die Führer nur gewiegte Poseure und Journalisten, kurz, die ganze Sozialdemokratie ein durch Schuld der Führer fehlerhaftes Gebilde. Mit großer Wollust frammt die Post diese Kritik aus. Glaubt sie damit, die Sozialdemokratie in ihren Erfolgen sitzen zu können? Gewiß, welcher Sozialdemokrat wird nicht zugestehen, daß auch innerhalb der Sozialdemokratie nicht alles Gold ist, was glänzt? Welches Partei hätte keine Fehler? Freilich die Sozialdemokratie ist in der gläubigen Lage, Fehler und Dummenheiten schließlich mit den besten Mängen verbanden zu können, wozu freilich die bürgerlichen Parteien nicht kräftig genug sind. Und wahrhaftig, daß gerade die Anarchisten glauben, den Kritiker spielen zu können, das kann uns wenig irritieren. Ihnen gegenüber ist die sozialdemokratische Bewegung denn doch eine achtunggebietende Partei, die trotz aller Fehler eine gewaltige, den Fortschritt herbeiführende Macht ist, was der Anarchismus wohl kaum von sich sagen kann.

Wenn die Post zum Schlusse meint, die Führer der deutschen Sozialdemokratie würden alles ausspielen, die Vorlesung dieses Berichtes auf dem Kongreß zu verhindern, so müßten wir diese Führer sehr schlecht kennen, wenn ihnen diese Vorlesung nicht höchst schimpfe wäre. Sie können sich diese Vorlesung leisten, ohne irgendwie dabei zu verlieren. Im Gegenteil, diese anarchistische Kritik würde sich zu einem direkten Erfolg der deutschen Führer gestalten, die sich durch die Angriffe von dieser Seite höchstens geohrfeilt fühlen können. Nein, die Anarchisten sind die am wenigsten beachtenswerten Kritiker unserer Partei. Sie erreichen mit ihrer Kritik nur, daß man schließlich auch wirkliche Mängel übergeht, weil und wenn sie zufällig einmal von anarchistischer Seite ausgesprochen werden sollten. Interessant aber bleibt die Thatache, daß die Post den Berliner Anarchisten als Sprachrohr in der Oberschicht dient.

Chronik der Majestätsbeleidigungssachen.

Das gegen eine Anzahl Parteigenossen in Bielenzg anhängig gewesene Verfahren wegen angeblicher Majestätsbeleidigung ist eingestellt. Die Beleidigung sollte in einer Volksversammlung begangen worden sein, wo ein angekündigter Mann plötzlich ein Hoch auf den Kaiser aussprach, das aber bei den Anwesenden keine Beachtung fand. In dieser Unterlassungssünde wurde die Strafhaft gesucht. Die Untersuchung ergab, daß dem Geschrei des Betrunkenen niemand Beachtung geschenkt hatte, deshalb mußte das Verfahren eingestellt werden.

Kein anderer, erwähnte der Stadtrat mit einer halb empfundenen und halb affektierten Feierlichkeit, als daß wir alle Dich gern das Handwerk ergreifen fähren, das meine Ansicht nach eines Edelmannes einzige und allein würdig ist, das alle Hohensteins viele Generationen hindurch mit ganz wenigen Ausnahmen gelbt haben, das ich auch selbst gelbt habe und das ich nur Deiner Mutter zu Liebe und auch dann noch nur mit tiefstem Schmerz aufgegeben habe — das —

Ich soll Soldat werden! rief Wolfgang, der bei den letzten Worten des Vaters aufgesprungen war und mit großer Erregung im Zimmer auf und ab ging.

Offizier, wenn Du erlaubst.

Rimmermehe — nimmermehr!

Der Stadtrat hatte diese Weigerung mit großer Bestimmtheit erwartet, als daß er durch dieselbe irgendwie hätte überrascht sein können. Nichtsdestoweniger hielt er es für zweckmäßig, eine Menge halb der Verwunderung, halb des Schmerzes anzunehmen und mit gepreßter Stimme zu sagen:

Und darf ich fragen, weshalb mein Sohn einen Beruf verschmähen will, dem so viele seiner Vorfahren angehört haben?

Ich bin nicht darauf vorbereitet, Dir auf diese Frage eine befriedigende Antwort zu geben, Vater, erwiderte Wolfgang; mein ganzes Leben, wenn Du willst, ist die Antwort darauf. In jeder Bevorzugung eines Standes aber vor dem anderen, sehe ich eine tiefe, schmerzhafte Wunde unseres sozialen Zustandes.

(Fortschreibung folgt.)

Dennoch unterdrückte er seine Empfindlichkeit und sagte mit einem allerdings etwas gezwungenen Lächeln:

Ich versichere Dich, lieber Vater, daß ich meinestets durchaus nicht die Absicht habe, den Born des Großonkels auf uns herab zu rufen, und ich glaube kaum, daß Kamilla in diesem Punkte anders denkt.

Nun, das ist ja recht schön, recht schön, sagte der Stadtrat; der Großonkel hat über die Bedingung, an deren Erfüllung Deinerseits er seine Einwilligung gelnüpft hat, bereits mit Dir gesprochen, nicht wahr?

Der Großonkel? eine Bedingung? erwiderte Wolfgang ganz erstaunt.

Hm, hm, das wundert mich. Aus einem Briefe vom Großonkel, den ich gestern morgen erhielt, glaubte ich schließen zu dürfen, daß Ihr Euch über diesen Punkt vollständig verständigt hättet. Hat der Großonkel niemals über gewisse Pläne mit Dir gesprochen, die er für Deine Zukunft, für Deine zukünftige Carrrière gemacht hat?

Er hat allerdings wiederholt darauf hingebaut, daß er, wie er sich ausdrückte, etwas mit mir im Sinne habe; ich habe das aber immer nur für einen allgemeinen Ausdruck seines Wohlwollens für mich ohne eine bestimmte Nebenbedeutung genommen.

Hm, hm! in dem Briefe hat er diesen Plan ganz bestimmt formuliert. Ich bin mit diesem Plan um so mehr einverstanden, als ich denselben schon vor Jahren selbst in Angriff genommen hätte, wenn damals die Verhältnisse so günstig gewesen wären, wie sie es jetzt sind.

Aber, lieber Vater, welches ist denn dieser geheimnisvolle Plan? fragte Wolfgang, dem die Wendung, welche das Gespräch jetzt genommen hatte, mit jedem Augenblicke peinlicher wurde.

* Berlin, 28. Juli. Bürgerliche Blätter vertreiben sich die jetzt nicht sehr lösbarer Zeit damit, über eine Zusammenkunft zwischen dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe und dem österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Goluchowski zu spotten. Es soll nun partout eine große politische Aktion sein, daß sich die beiden alten Herren in Tirol oder sonstwo die Hände geschüttelt haben. Wir können das nicht für eine solche stimmen.

Die Nordb. Allg. hat sich die Mühe genommen, die Unterschriften zu prüfen, die der Aufruf des Herrn Sünder zur Gründung der kirchlich-sozialen Vereinigung gefunden hat. Das Ergebnis ist folgendes: Unterschriften zählen wir überhaupt 585, darunter befinden sich Pastoren, Emeriten, Kandidaten &c. zusammen 273, Konsistorialräte 4, Professoren 4, Aerzte 2, Lehrer 9, Post- und Telegraphenbeamte 9, Fabrikanten 16, Kaufleute 12, Schneider 4, Schuhmacher 6, Schlosser 7, Tischler und Drechsler 12, Sattler 3, Buchhändler 3, Buchbinden 3, Klempner 2, Bäcker 3, Mechaniker 3, Uhrmacher 4, Brauer 1, Arbeiter bez. Fabrikarbeiter 6, Octonomen 2, Schuhmänner 2, Oberleutner 1, Zierausstatter 1, Schauspieler 1.

Das Pastorentelegramm des Kaisers ist, wie Herr v. Stumm in seinem Saarbrückischen Schleifstein feststellen läßt, auf ausdrücklichen Wunsch des Summus episcopus der protestantischen Landeskirche von Preußen erfolgt. Es wird hieran die weitere Mittelung gehabt, daß die in der Rennstiecher Rede des Frh. v. Stumm an gewissen Geistlichen geäußerte öffentliche Kritik an der gleichen Stelle die unheimlichste und ausdrücklichste Billigung gefunden habe.

Der Summus episcopus oder oberste Bischof der protestantischen Landeskirche in Preußen ist der König. Den königstreuen Blättern ist diese neue Stumm'sche Veröffentlichung gar nicht recht. Die Deutsche Tageszeit hofft, daß diese Behauptungen des Herrn v. Stumm von berüchtigter Seite nicht bloß als eine Indiskretion bezeichnet, sondern als bedauerlich, mißbräuchlich und schädlich auf das schärfste werden gemäßbilligt werden. Das unglaublich ungeschickte Verhalten des Stumm'schen Schleifsteins werde eine große Nelle selbst derjenigen auf die Seite der Pastoren dringen, die persönlich und politisch Herrn v. Stumm schätzen. Die Deutsche Tageszeit und takt quantithum gerade so, als ob irgend jemand in Deutschland davon gezwungen hätte, daß der Schuhmacher zu der Veröffentlichung des Telegramms ermächtigt war. Gerade für Leute, die immer in "Ehrfurcht ersterben" und am Selbststreuung fürstlichen Personen gegenüber das Unglaublichste leisten, sollte doch gar nicht auf den Gedanken kommen, daß ein "Unterthan", der Herr v. Stumm doch immerhin ist, Worte der königlichen Majestät ohne Erlaubnis zu publizieren wagte könnte.

Der deutsche Anwaltstag findet in diesem Jahr am 11. und 12. September in Berlin statt. Geheimrat v. Wilmersdorff wird die Frage behandeln, ob es sich empfiehlt, im Civilprozeß an Stelle des Parteileides die Einführung der eidlichen Vernehmung der Parteien zu setzen. Weiter sind Berichte angekündigt von Justizrat Dedolph Coburg und Burghausen-Minden über die Frage, die Zuständigkeit der Amtsgerichte der Summe nach zu erhöhen, von Professor Dr. Hellmann-München über die Art des Rechtsstudiums auf den Universitäten, und von Hermann Staub-Berlin über die der Herabstufung des Reichstags zufallende Revision des Handelsgesetzbuchs.

Von einer seltsamen Maßregel des Oberbergamtes in Babitz macht der dortige Anzeiger Mitteilung. Danach soll die Gemeindewasserleitung in Alt-Babitz gesperrt werden, und zwar auf Veranlassung des königlichen Oberbergamtes, um die Gemeinde zur Annahme eines Vertrages zu zwingen, mit dessen Abschaffung sie sich nicht einverstanden erklären konnte. Eine derartige Maßnahme müßte, wie die Breslauer Zeitung bemerkt, angesichts des Wassermangels, unter dem der dichtbevölkerte Industriort zu leiden hat, die schlimmsten Folgen nach sich ziehen. Wie nach dem genannten Blatte verlautet, sollen schon Ausschreitungen vorgekommen und die Wasserstände mit Beschränkung bedroht gewesen sein. Bedenfalls wäre eine Auflösung dringend erwünscht.

Dem Handwerk zu Hause aus Merseburg wird der Berliner Volkszeitung geschrieben: "Die hiesige Regierung hat an die Landratsämter eine Verfügung gerichtet, in der die Förderung des Genossenschaftswesens unter den Handwerkern angeregt wird. Die Landratsämter sollen zunächst darauf bedacht sein, Personen zu ermitteln, die geeignet sind, durch Vorträge und dergl. für den Plan zu wirken. Staatsbeihilfen werden sowohl für diese Agitation wie für die neu zu bildenden Handwerkergenossenschaften in Aussicht gestellt." Da wären also voraussichtlich ganz nette Pötzchen für "Ploetz im Kleinen" zu haben.

Halle a. S., 22. Juli. Eine furchtbare Strafe hat den von hier gebürtigen Musketier Max Friedrich Voigt befreit, der bei der 11. Comp. des Inf.-Regt. Nr. 27 stand. Nach amtlicher Bekanntgabe ist er am 30. Juni "wegen Achtungsverleugnung, ausdrücklicher Verweigerung des Gehorsams, Widersetzung, mit der Waffe ausgeführten thätlichen Angriffes eines Vorgesetzten, thätlichen Angriffes einer militärischen Wache und mittels rechtswidrigen Waffengebrauchs verübter Körperverletzung" mit 10 Jahren Gefängnis und Entfernung aus dem Heere bestraft worden. Wer da weiß, wie es um die kriegsgerichtlichen Urteile bestellt ist, der weiß auch, wie wenig unter Umständen dazu gehört hat, dieses Sündenregister anzuhäufen.

Thorn, 22. Juli. Wie die Thorner Zeitung meldet, wurden durch einen Kommissar aus Berlin Schachtmeister Garin aus Mocker und Schuhmacher Albrecht aus Thorn in Mocker, einer Vorstadt Thorns, wegen Landesverrates verhaftet.

sp. Darmstadt, 22. Juli. In der Zweiten Kammer haben die antisemitischen Abgeordneten Köhler, Bähr und Ripper bestmöglich eines am 15. September 1895 von dem Kreisrat in Erbach erlassenen Verbotes einer öffentlichen Volksversammlung zu König im Odenwald den Antrag gestellt, die Kammer möge dieses Verbot als gegen das in Hessen bestehende unbeschreibliche Versammlungskreis und demnach gegen die Verfassung gerichtet bezeichnen. Der Berichterstatter Frh. v. Röth (ultr.) beantragte namens des Ausschusses, der erhobenen Beschwerde keine Folge zu geben. Zum Erlass des Verbotes habe wohl begründeter Anlaß vorgelegen, da bei einer Versammlung unter freiem Himmel die durch Musik und Getränke erhitzen jungen Leute leicht Ruhestörungen verursachen könnten. Der ultramontane Abg. Dr. Schmitt protestierte gegen das Verhalten seines Fraktionsgenossen Röth, ebenso that dies der ultramontane Abg. Wasserburg, der unserem Genossen Ulrich energisch befürwortete und mit demselben mit Entschiedenheit das Vorgehen der Regierungsbüros und die Stellung der Regierung be-

kämpfte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen zehn Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten nur die Sozialdemokraten, die Antisemiten und vier Abgeordnete des Centrums.

* Karlsruhe, 22. Juli. Das Großherzogtum Baden soll — wie wir bereits berichtet haben — zum Königreich erhoben werden. Den Kurrapatrioten, die den Tag nicht erwarten können, wo sie statt großherzoglich badische königlich badische Unterthanen sein dürfen, wurde aber bereits Wasser in den Wein gegossen. In dem führenden Organ der badischen Nationalliberalen, der Badischen Volkszeitung, liegt ein Korrespondent über erhöhte Repräsentationszulagen. Da Baden überdies für ein Königreich etwas zu klein ist, plant man die Einverleibung eines Teiles der Reichslande. (1) Ob die reichsähnliche Bevölkerung diesen Plan mit besonderer Freude aufnehmen wird, darf man nach den bisherigen Germanisierungsergebnissen wohl bezweifeln. Der Gedanke ist ja nicht neu und ob er diesmal durchdringt, ist denn doch sehr ungewiß. Das arbeitende Volk wird der Sache nicht gegenüberstehen, denn für die Ausgebente und Unterthanen wird es im Königreich Baden nicht besser sein, als im Großherzogtum.

1. St. Ludwig, 22. Juli. Am 23. August findet in der Schlucht bei Markirch auf französischem Boden eine von den Genossen des Oberlasses veranstaltete Volksversammlung statt. Als Referenten dazu sind ausserorden die Genossen August Bebel, Reichstagsabgeordneter, und Jules Guesde, Mitglied der französischen Deputiertenkammer. Die französischen Behörden haben die Genehmigung zu der Versammlung bereits erteilt.

Frankreich.

Klassenjustiz.

Paris, 21. Juli. Der Appellhof von Toulouse hat im Prozeß Hessguier-Zaures das freisprechende Urteil der ersten Instanz umgestoßen. Zaures und die zwei sozialistischen Zeitungen: die "Petite République" und die "Déserte" werden solidarisch zur Zahlung von 15000 Franken "Schadenersatz" an Hessguier verurteilt. Die Ansprüche des "Léshungerers" von Carmaux, die von der gesamten nicht-unternehmerischen Presse als ein wahnwitziges Attentat auf das Kapitalrecht und die Freiheit ausgesetzt worden waren, sind nun juristisch gerechtfertigt. Zaures wird verurteilt, weil er die Sache der Schwachen, der Vergewaltigten verteidigt hat; die beiden sozialistischen Blätter werden verurteilt, weil sie mit Wort und That, durch Veranlassung von Geldsammlungen, die Ausgesperrten moralisch und materiell unterstützt haben. Es ist die reinste Klassenjustiz, die durch keine konservativen Floskeln verdeckt werden kann. Hatte doch selbst der Staatsanwalt des Appellhofes keinen Strafantrag gestellt, weil es juristisch erwiesen war, daß die Aussperrung von Hessguier gewollt und absichtlich verlängert worden war, während Zaures alles getan hatte, um eine rasche Beendung des Konflikts herbeizuführen. Dass das Appellgericht Hessguier anstatt der verlangten 200000 bloß 15000 Franken zugesprochen hat, fällt natürlich nicht in Betracht. Es kommt einzlig auf den vom Gericht herausgedeuteten Grundsatz an, wonach die Einmischung "Dritter" in Konflikte zwischen Unternehmen und Arbeitern unberechtigt sei und daher unter den Schadenersatz-Paragraphen des civilen Gesetzbuches fallen könnte.

Unsere Genossen werden bei dem Kassationshof Revision einlegen. Vielleicht wird sich der oberste Gerichtshof etwas unabhängiger von den sozialistischen Einflüssen des Staatsrates Méline und dem in Toulouse überwältigenden Einfluß Hessguiers zeigen. Wenn nicht, so wird die Gewerkschaft der Carmauer Glasarbeiter die Unternehmerpressen, die in der verschwundenen Weise, durch lügenhafte Berichte und aufsehende Artikel die Ausgesperrten zu schädigen gesucht hatte, auf Schadenersatz verklagen.

Kongress der französischen Arbeiterpartei.

Der Kongress der französischen Arbeiterpartei (Parti ouvrier) wurde am 21. Juli in Ville eröffnet. Seine Dauer ist auf fünf Tage bestimmt und umfaßt folgende Tagesordnung: 1. Der internationale Kongress und die auf ihm zu erörternden Fragen. 2. Die Arbeiterpartei und die Erneuerung des Senats im Jahre 1897. 3. Die sozialistischen Gemeinden und deren gemeinsames Handeln. 4. Die Arbeiterpartei und die sozialistische Disciplin. Die deutsche Sozialdemokratie wird durch Bebel, Viecknecht und Singer vertreten; die Gruppe des österreichischen Proletariats überbringt Dr. Adler.

Italien.

Die Kammer vertagt. — Kein Handelsvertrag mit Frankreich.

Die Deputiertenkammer beendete die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen und vertagte sich sodann auf unbestimmte Zeit. Vor dem Schlusse der Sitzung erklärte der Ministerpräsident, die Regierung werde nicht einen hartnäckigen Krieg zur Befreiung der Gefangenen in Abessinien führen, sie werde sich aber den Anmaßungen des Negus nicht unterwerfen. Die Regierung sei nicht abgeneigt, Frieden zu schließen, aber nur einen solchen, der der Würde des Landes entspreche.

Auf eine Interpellation im Senat über die Gerichte von einem Handelsübereinkommen, erklärte der Minister des Auswärtigen, Visconti Venosta, er bemerkte, um jede Wissbegierde auszuschließen, daß, als er die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, keine Handelsvertragsverhandlungen zwischen Italien und Frankreich im Gange waren.

Spanien.

kleine Irrtümer.

Im spanischen Parlament fehlt es niemals an interessanten Zwischenwahlen, welche besonders auffällig sind, wenn sich Liberalen und Konservative wechselseitig des Diebstahls an öffentlichen Geldern beschuldigen. In der letzten Sitzung drohte der liberale Graf von Romanones die Regierung in urige Verlegenheit, denn er forderte Auskunft über die leiste von Marokko gezahlte Kriegs kontribution. Diese betrug 1400000 Duros oder 5000000 Mt. und sollte in Goldwährung geleistet werden; bei der Regierung ist sie aber nur in Silberwährung eingetroffen, so daß man bei dem Wechseln dem Staatschafe noch der Sicherung des liberalen Abgeordneten etwa 200000 Pesetas entwendet hat. Das ist an sich nichts Außergewöhnliches; derartige Sachen kennt man hier zur Genüge; daß aber der Finanzminister keine Auskunft geben kann, das ist allerdings etwas sonderbar. Er konnte nur versichern, daß er auch derartige Gerüchte gehört und eine Untersuchung eingeleitet habe.

Südafrikanische Republik.

Von den Klemmern südafrikanischer Verhältnisse, die sich gegenwärtig zahlreich in Europa aufzuhalten, hört man, soweit dieselben nicht rein englischer Nationalität sind, einstimmig große

Befürchtungen über die Lage in Südafrika äußern und die weitere Entwicklung. Seit der Katastrophe Anfang Januar ist kein einziger Schritt zur Unabhängigkeit einer Verständigung zwischen Bürgern und Engländern gethan worden. Die englische Regierung weicht allen Anfragen, Vorschlägen und Forderungen, die an sie gerichtet werden, aus.

Der Parteitag der dänischen Sozialdemokratie.

5. Copenhagen, 21. Juli.

Am 14. Juni 1871 stand in einer tonangebenden Zeitung Copenhagens folgender interessanter Passus: "Die Petroleumfrage ist der Schlüpfargraph des Reichismus, den die in Arbeitertracht vermuhte "internationale" Räuberbande unter dem Volke verbreitet. Aber das ganze ist nichts mehr und nichts weniger als eine einfache Konsequenz der Lehre, die auch von unseren liberalen Noten gepredigt wird. Es ist das Ziel, zu dem man auf schurkergeschöpften Wege gelangt, wenn man den Leuten die kommunistische Umschreibung der alten Schlangenlänge erzählt, daß nämlich, nach Gottes Willen, es allen gleich wohl ergehen solle."

Am 17. Juni 1896, also genau 25 Jahre später, eröffnete die dänische Abteilung dieser "internationalen Räuberbande" — das hübsche Wort Rote fehlt der dänischen Sprache leider — ihren Kongress in den Mauern der Hauptstadt, begrißt von der gesamten Demokratie des Landes, bewundert halb und ganz gesichtet von der allerschwachen Realität, die mit blödem Kopfsprung zu schaut und nicht begreifen kann, wie aus dieser "Räuberbande" die stärkste Partei des Landes hat werden können.

In der Römersgade, der alten, ehrwürdigen Kampftäte der dänischen Sozialdemokratie, versammelten sich 122 Delegierte, die 95 Vereine vertraten, von denen 44 von Landarbeitern gebildet wurden.

Die wichtigste Frage des ganzen Kongresses war die Landarbeiterfrage. Über die Organisationsform entstanden Meinungsverschiedenheiten. Sollte man daran gehen, die politisch geweckten Landarbeiter nun auch gewerkschaftlich zu organisieren und sie, wie ihre städtischen Kameraden, in Lohnkämpfe &c. hinzuführen? Die Majorität des Kongresses und darunter besonders die Landarbeiter selbst, erklärten sich dagegen. Die Landarbeiter waren der Ansicht, daß in ihrer Klasse — auf Grund der zerstückelten Arbeitsverhältnisse — dasjenige Solidaritätsgefühl nicht (noch nicht) vorhanden sei, daß allein den gewerkschaftlichen Kampf aussichtsreich machen könnte. Die gewerkschaftliche Bewegung würde, ohne selbst die Bedingungen des Gedächtnisses in sich zu tragen, die politische totschlagen. Eine Ausnahme mache man jedoch mit den Arbeitern, die auf dem Lande leben, aber in größeren Massen zusammenarbeiten, z. B. in Biegeleien, Cementfabriken &c. Es wurde einstimmig beschlossen, sie gewerkschaftlich zu organisieren und ihre Organisation mit der Kommission in Verbindung zu setzen, in der alle übrigen Gewerkschaften des ganzen Landes centralisiert sind.

Dem sauberer konservativen Plan, die Arbeiter durch den Besitz eines winzigen Stückchens Landes an die Schwelle zu fesseln, wurde Krieg bis aufs Messer angekündigt. Von der Regierung wurde gefordert, zunächst folgende Reformen, als die am nächsten liegenden, zur Durchführung zu bringen: Geheime Abstimmung bei den Wahlen; ein Wahlkreisgesetz, das allen Bürgern den gleichen Einfluss sichert; garantiierte Organisationsfreiheit; Abfassung der Ausländergesetze, mit denen Gefende und Feinde belastet sind; Arbeitsgerichte und Einigungsstämme; der Achtkundatstag; eine allgemeine Unfallsversicherung; Reform der Altersversorgung; Schulgesetz, Demokratisierung und Unentgänglichkeit der Rechtspflege, nebst Schuhmaßregeln gegen den überhandnehmenden Mißbrauch der Untersuchungshaft; eine Polizei- und Steuerreform, die die größten Lasten auf die stärksten Schusteri legt; und endlich Übertragung von Grund und Boden an Genossenschaften von Handarbeitern nach Maßgabe der im sozialdemokratischen Programm aufgestellten näheren Bedingungen.

Ein Antrag, die ihrer Zeit ausgeschlossenen "Revolutionären" wieder aufzunehmen, wurde durch Übergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Haltung der Copenhagener Presse ist dem Parteitag gegenüber auf der ganzen Linie eine respektvolle, zum Teil sogar eine warm anerkannde gewesen. Für die bürgerliche Presse in Deutschland scheinen uns die Auslassungen des führenden liberalen Organs Politiken besonders lehrreich und beschämend zu sein. Hier sind sie. "Die Geschichte der dänischen Sozialdemokratie — schreibt das Blatt — hat einen, für eine umfassenderen Partei merkwürdig friedlichen Charakter. — Es finden sich weder eine Kommuneerhebung noch Ausnahmegeze auf ihrem Weg. Die Drangsalierungen, unter denen die Arbeiter in den 80er Jahren zu leiden hatten, teilten sie mit den übrigen Oppositionsparteien, sie waren nicht gegen eine einzelne Gesellschaftsklasse gerichtet. Auf dem Wege dieser friedlichen Entwicklung hat die Sozialdemokratie ihre jetzige Machtstellung erobert. Sie ist mit den anderen Parteien gleichberechtigt, hat eine kräftige Organisation und eine tätige und weitverbreitete Presse. Sie hat — was wohl ziemlich vereinzelt dastehen dürfte — sogar Repräsentanten in der privilegierten gesetzgebenden Versammlung, und sie hat ein ganzes Bataillon von Genossen in kommunalen Vertrauensstellungen. — Der Sozialistenschreck hat in Dänemark keinen Resonanzboden, weil man seit Jahren daran gewöhnt ist, die Arbeiter friedlich mit den übrigen Gesellschaftsklassen auf den parlamentarischen Feldern zu sehen." — Die sozialdemokratischen Organisationen haben das Selbstgefühl der Arbeiter gestärkt, haben ihnen Mut gegeben, ihre Forderungen vorzubringen; sie haben dem einzelnen Arbeiter das beschämende Bewußtsein genommen, ein ohnmächtiges Werkzeug in fremder Hand zu sein. Mit seiner Organisation im Rücken hat der Arbeiter bis zu einem gewissen Grade dasselbe Unabhängigkeitsgefühl wie der ökonomisch selbständige Mann. Man muß auf beiden Augen blind sein, um nicht einzusehen, daß das der ganzen Gesellschaft zum Segen gereicht." — Sowohl das bürgerlich-radikale Blatt.

Die bürgerlichen Parteien in Deutschland sind so blind, den kulturellen Wert der Arbeiterbewegung nicht sehen zu wollen.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Seid unausgesetzt thätig für die Verbündung
neuer Abonnenten!

Hierzu eine Bellage.

Inventur-Räumungs-Verkauf.

Zum Verkauf gestellt sind für diese Woche: **Zirka 900 Meter Waschstoff-Fabrik-Reste**

in Längen von $\frac{1}{4}$ bis 6 Meter

das Meter 15—20 und 25 Pfg.

Die sich ansammelnden Reste vom regulären Lager in Levantine, Plqué, Satin, Rips, Kaschmir und Mousseline kommen täglich in unserer Resteverteilung zum billigsten Verkauf.

Wir bitten die Inventur-Preise in unseren Auslagen zu beachten!

Schaarschmidt & Co.

Eisenbahnstrasse 46 Leipzig-Neuschönefeld Eisenbahnstrasse 46.

Former!

Freitag den 24. Juli abends $\frac{1}{2}$ Uhr

Oeffentl. Former-Versammlung

im großen Saale der Gesellschaftshalle

in Leipzig-Bindelnau.

Zagesordnung: 1. Die Stellung der Former und der jewige Geschäftsgang in den Fabriken. 2. Werkstellenangelegenheit. Die Former sind ganz besonders eingeladen. D. G.

Achtung, Schmiede!

Sonnabend den 25. Juli

Große öffentliche Versammlung

in der Flora, Windmühlenstrasse.

Zagesordnung: 1. Abrechnung vom Streit. 2. Wie stellen wir uns zur Gründung eines Arbeitsamtes. 3. Gewerbeschultheit. D. G.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Wagenbauer

Filiale Leipzig.

Sonnabend den 25. Juli 1896 Vierteljahrs-Versammlung

im Restaurant Spies, Seeburgstrasse 5/5.

Um zahrlisches Erstehen erachtet Die Ortsverwaltung.

Arbeiterverein Leipzig.

Sonnabend den 26. Juli nachmittags 3 Uhr

Sommer-Fest im Schützenhof.

Bestehend in Konzert, Ball, allerlei Volksbelustigungen

und Spielen für Kinder.

Programme im Vorverlauf 15 Pfg., an der Kasse 25 Pfg. Programm-

verkaufsstellen in allen Vereinslokalen. Der Vorstand.

Sänger-Abteilung des Arbeitervereins für Knautkleeberg und Umgegend.

Sonnabend den 26. Juli 1896 von nachmittags 3 Uhr an

Grosser Sänger-Kommers und Ball im Gasthof zum weißen Roß in Knautkleeberg.

Programme sind nur gegen Vorzeigung der Mitgliedsliste bei den Obmannen der Abteilungen zu haben. [6882] Der Obmann.

W. Spless, Stadt Hannover, Seeburgstr.

Speise- und Verkehrs-Haus der Gewerkschaften.

Gut, bürgerl. Mittagstisch, 40 Pfg. Abendbrot von 80 Pfg. an. f. Großher 2 Glas 25 Pfg. Echt Kulmbacher 15 Pfg. Regelbahn pro Abend 1,50 Mr.

Zum deutschen Hof

Goldhahngässchen Nr. 1. Empf. täglich Mittagstisch zu 25 u. 40 Pfg. Getränke wie bekannt gut und billig, nur 1. Qual.

Gute Zimmer u. Betten. Zimmer von 75. Bett von 80 Pfg. an. Jeden Dienstag Schlachtfest sowie jeden Sonnabend Schweinstochten. Vorort ist liegtaus. Um gütige Unterstützung bittet Fritz Petzohner.

Auenschlösschen,

L.-Zschöcher
Schönauer Weg
8 Minuten von der Haltestelle, Gesellschaftshaus und Garten mit Kolonnaden. Obst- und Beerenweine, f. Biere und Speisen.

5059] Ergebnis Franz Schladitz.

Herren- und Knaben-Garderoben-Fabrik

Leipzig, Reichsstr. 47 W. Palm Leipzig, Reichsstr. 47.

Auszug aus dem Preis-Courant: [788]

Dauerhafte Arbeitshosen	b. 1.80.—	% an
Stoffhosen für Herren	2.70	"
Eleg. Herren-Hosen in Stoff	4.50	"
Westen	1.40	"
Herren-Anzüge in Stoff	8.50	"
Eleg. Herren-Cheviot-Anzüge, in Stoff, 2-reihig	b. 18.25	"
Eleg. Kammg.-Chev.-Anz. f. H. b. 20.—		
2-reihige Jackets in Stoff	5.—	
Sommer-Jackets	1.25	"
2-reih. Knab.-Anzüge i. Stoff	2.50	"
Somm.-Norm.-Schul-Anzüge	2.85	"
Elegante Knaben-Anzüge	3.95	"
Knaben-Cheviot-Anzüge	2.95	"

Verantwortlicher Redakteur: Dr. phil. Albert Südkum in Leipzig.

Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

17 Speisegasthaus, Brühl 17.

Fleisch u. Gemüse B. 80.—, V. B. 20.—, dlv.

Braten mit Suppe und Compt 40.—

Großzschoch.

Rindfleisch à Pf. 55.—, 60 Pfg.

Schweinfleisch. à " 50.— 55

Kalbfleisch à " 55.— 60

Jeden Tag frische Rindfalsdaunen à Pfund 20 Pfg. [5588]

E. Bretschneider, Hauptstr. 12.D.

Sämtliche Kindernährmittel

in stiel frischer Packung, Verbandstoffe,

Spülflaschen u. s. w. empfohlen [5589]

Gust. Hoffmann, 2. Anger

Steinmarkstr. 6.

Cigarren, Cigaretten

und Tabak empfohlen [2198]

E. Krieblor, 2. Plagwitz

Weinzelsteller Str. 61, Ede Weihenfels,

NB. Abonnement auf die Volkszeitung werden jederzeit entgegen genommen.

Cigarren, Cigaretten, Tabake in

wie bekannt vorzügl. Qualitäten empfohlen

H. Stöckert, Eisenbahnhof, 119.

Achtung! Allen Freunden u. Bekannten

zur Nachricht, daß mein gut sortiert. Lager in

Cigarren u. Cigaretten

angekommen ist; großartig im Geschmack

u. Aroma. Annen-Annahme sämtlicher

leichter und auswärtiger Blätter. [5762]

Um gütigen Auftrag bittet

Hugo Philipp, Promenadenstr. 7

nob. dem Fleischspiel.

Gut und solid gearbeitete Möbel,

Spiegel und Polsterwaren

so auch Teilzahlung

Tapeten, Auspolstern von Sofas

und Matratzen in und außer dem

Hause bei langjähriger Garantie.

Vollmarsdorf. Karl Ullig

6042] Luisenstraße 25.

Zur Salatzeit!

empföhle ich:

ff. Nio. Provenceroöl

ff. Mohnöl

ff. Speiseleinöl

ff. Speiserüböl

ff. Estragonessig

ff. Weissessig

ff. Tafelessig

Citronen

Citronenschalen

Orangenschalen

Lorbeerblätter

Gewürze

etc. etc. etc.

Marien-Droger. G.O. Heinrich

Plagwitz, Karl Heine-Str. 75.

Dauerhafte Bettstellen mit guten

Sprungfedern. (best. Art.) 24.—, schöne Sofas von

29.— an, gut gearb. Ottomane von 85.— an.

Dresdener Str. 23, Seltengasse, I. T. Tapet-

Br. Bringe mein Barbier-Gefäß den

Genossen in empfehlende Erinnerung.

H. Klaus, Nürnberger Str. 87.

22 Damen-Uhren, noch fast neu,

verkauft von 6 Mr. an 16.—

Uhrmacher Hille, Neumarkt 13.

Die trauernden Kinder.

Herzlichen Dank allen Verwandten,

Freunden und Bekannten für den reichen

Blumenstrauß anlässlich des Abschieds

unserer innigst geliebten Tochter Elsa.

Auguste Julianne Florentine Paul

nach schwerem Krankenlager verstorben ist.

Leipzig, Bindelnau, 22. Juli 1896.

Louis Theil und Frau Anna

geb. Angar. [6899]

SLUB

Wir führen Wissen.

Beilage zu Nr. 168 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag den 23. Juli 1896.

Bierter ordentlicher Verbandstag des Verbandes der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufsgenossen Deutschlands.

Der Verbandstag schloss sich, wie bereits gemeldet, am den Kongress der Schneider und Schneiderinnen an. Die Eröffnungssitzung am Nachmittag des 16. Juli prägte die Mandate, die die Unvorsichtigkeit von 88 Delegierten ergab und konstituierte das Bureau.

Am 16. Juli gab Holzhäuser-Gleisburg den Geschäftsbericht, Mahlke-Gleisburg den Kassenbericht und Bruns-Lübeck den Bericht für den Ausschuss. Aus dem Kassenbericht ist zu ersehen, daß der Verband im Berichtsjahre eine Einnahme von 119.555,93 Mk. und eine Ausgabe von 104.435,89 Mk. hatte, so daß ein Kassenbestand von 15.120,54 Mk. vorhanden ist. Der Streifkonto hatte eine Einnahme von 82.678,21 Mk. Davon ist ungefähr die Hälfte vom Verbande, bezw. den Kollegen, das übrige von den Gewerkschaftskassen zu aufgebracht worden. Die Ausgabe betrug 28.885,40 Mk. Der Überschuss von 41.928,81 Mk. wurde der Verbandskasse überwiesen.

Im Laufe der Diskussion über die Geschäftsberichte wird von vielen Seiten über die Vernachlässigung der kleineren Mitgliedschaften gesagt. Tatk目的e Redner würden nur nach größeren Organisationen geschickt, so daß den Mitgliedern der kleineren jede geistige Anregung fehle. Zum Teil liegt dies an der Saumigkeit mancher Vertreter. Desgleichen wird die oft unpraktische Einteilung der Agitationsbezirke gerügt. Zahlreiche Beschwerden und Wünsche, interne Angelegenheiten des Verbandes betreffend, werden vorgebracht.

Dem Kassierer wird einstimmig Decharge erteilt.

Ein Antrag, wonach der Vorstand die Mitgliedschaft Nutzgänglich auffordern soll, das ihr seitens des Verbandes vor Jahren gewährte Darlehen von 1000 Mk. zur Gründung einer Herberge zurückzuzahlen, wird angenommen, desgleichen ein Antrag, die Vertretermänner zu verpflichten, bei Agitationstouren die neugegründeten Filialen mit Anregungen und Belehrungen mehr als bisher zu unterstützen.

Über den 7. Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, referiert Timm-Berlin. Die Delegierten Timm und Holzhäuser haben für das Weiterbestehen der Generalkommission und für eine Herabsetzung der an die Kommission zu entrichtenden Beiträge gestimmt. Auch die Arbeitslosen-Unterstützung fand ihre Zustimmung, ebenso die Resolution über kommunale Arbeitsämter. Diese Institute nehmen übrigens eine den organisierten Arbeitern freundliche Entwicklung. Der Vater derselben, der Berliner Magistratsassessor Dr. Freytag, habe erst kürzlich erklärt, daß die Arbeitsämter auch während der Dauer eines Wohnlamps die Arbeitsvermittlung weiter führen müssten.

In der Debatte sprechen sich die meisten Redner sehr streitlich über kommunale Arbeitsämter und die Arbeitslosen-Unterstützung aus. Ein Antrag Stühmer und Genossen, das bisherige Verhältnis zur Generalkommission bestehen zu lassen, wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Am 17. Juli werden die gestellten Anträge zur Änderung der Statuten beraten. Ein Antrag Neumanns, Gründung eines Industrieverbandes für sämtliche der Bekleidungsindustrie angehörenden Gewerkschaften, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt. Der Antrag Düsseldorf-Göttingen: im Titel des Verbandes statt "Schneiderinnen" "Mäherinnen" zu sehen, wird abgelehnt, desgleichen ein Antrag Eisenach: im § 2 des Statuts als Zweck des Verbandes die Organisation aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungs- und Textilindustrie zu bezeichnen, statt wie bisher "Bekleidungsindustrie". Beide Anträge, die als Mittel zur Erreichung der Verbandszwecke unter anderem die Befreiung des Stücklohnes, Feststellung eines Minimallohnes und Einführung von Betriebswerkstätten bezeichnet wissen wollen, werden abgelehnt. Eine Reihe von Anträgen beschäftigt sich mit der Fachzeitung. Es wird beschlossen, die obligatorische unentgeltliche Lieferung derselben beizubehalten und die Zeitung soviel wie möglich zu erweitern, ferner wird die Preskommission beauftragt, für billigere Herstellung der Zeitung zu sorgen und dieselbe event. in einer anderen Druckerei, in der tarifmäßige Löhne gezahlt werden, herstellen zu lassen. Die Anträge auf Gewährung von Rechtsschutz bei gewerblichen Streitigkeiten und vergleichlich, werden abgelehnt. Antrag Stühmer, die statutarische Bestimmung, daß zum Eintritt in den Verband berechtigt ist, wer das 16. Lebensjahr erreicht hat, dahin abzuändern, daß die

Aufnahmeverfügung mit dem 15. Lebensjahr eintritt, wird angenommen. Abgelehnt wird der Antrag, die Beitrittsverträge durch die Fachzeitung zu veröffentlichen. Dasselbe Schicksal hat der Antrag, das Eintrittsgeld für männliche Mitglieder von 50 auf 30 Pf. herabzusetzen, dagegen wird der Antrag, das Eintrittsgeld für weibliche Mitglieder von 15 auf 25 Pf. zu erhöhen, angenommen.

Über die Anträge auf Erhöhung bzw. Ermäßigung der Beiträge entwickelt sich eine lange Debatte. Es werden jedoch schließlich in namhafter Abstimmung sämtliche Anträge abgelehnt, so daß es bei den bisherigen Steuerjahren, 15 Pf. für männliche und 5 Pf. für weibliche Mitglieder pro Woche, verbleibt. Ein Antrag, die bisher nur von männlichen Mitgliedern für die Monate März, April, Mai, September, Oktober, November erhobene Extrasteuer auch den weiblichen Mitgliedern aufzuerlegen, wird angenommen. Die Extrasteuer für männliche Mitglieder beträgt 15 Pf., für weibliche 5 Pf. pro Monat. Abgelehnt werden die Anträge, arbeitslose Mitglieder von der Beitragssleistung zu befreien. Der Antrag Kempten-Erlau, eine Urabstimmung nur auf Antrag von $\frac{1}{3}$ sämtlicher Mitglieder (bisher $\frac{1}{4}$) vorzunehmen, wird abgelehnt. Für den Erhalt verloren gegangener Mitgliedsbücher wird das volle Eintrittsgeld erhoben.

Um leichten Verhandlungslage werden die eingelaufenen Beschwerden nach den Vorschlägen der zu ihrer Untersuchung eingesetzten Sonderkommission erledigt. Das Recht des Ausschlusses wird von den Ausschüssen auf die einzelnen Filialen übertragen. § 23 wird dahin abgeändert, daß der Posten eines Vorstandsmitgliedes, welches vom Amt suspendiert wurde, durch Urabstimmung sämtlicher Mitglieder provisorisch zu besetzen ist.

Der Verbandsvorstand legt ein ausführliches Reglement für das Unterstützungswoesen vor. Danach soll der Höchstbetrag der Reiseunterstützung von 25 Mk. auf 20 Mk. herabgesetzt werden. Ferner soll für die Zeit vom 16. März bis 15. Juni überhaupt keine Reiseunterstützung gezahlt werden. Im übrigen bleibt es bei den früheren Bestimmungen. Die Gewährung von Umzugskosten wird ebenfalls eingehend geregelt. Diese können an gewisse Mitglieder gewährt werden, welche 2 Jahre ununterbrochen dem Verband angehört haben, jedoch 30 Mk. nicht überschreiten. Gemeinsamkeiten Mitgliedern, die dem Verband 6 Monate angehören, kann ein Beitrag zu den Umzugskosten in Höhe von 15 Mk. gewährt werden. Für freiwilligen Umzug kann bei 2-jähriger Kurrenzzeit von 2 zu 2 Jahren 15 Mk. bewilligt werden. Für Umzüge bis zur Entfernung von 80 Kilometern wird keine Unterstützung gewährt. In außerordentlichen Fällen, d. h. wenn ein Mitglied wegen Einschreits für die Verbandsgrundsätze ins Gefängnis kommt, wenn es nach einjähriger Kurrenzzeit im Krankheitsfall von der Krankenfeste ausgesteuert wird, kann ebenfalls eine Unterstützung gewährt werden. Der Verbandsvorstand Holzhäuser begründet seinen Entwurf. Nach längerer Debatte werden die Anträge Holzhäuser mit folgenden Abänderungen angenommen: Die Kurrenzzeit für den Bezug von Reiseunterstützung wird von 6 Monaten auf 1 Jahr, die Kurrenzzeit zwischen zwei Reiseunterstützungsperioden von 8 Monaten auf 6 Monate verlängert. Tritt ein Mitglied, bevor es die Reiseunterstützung ganz begangen hat, in Arbeit, so beginnt erst nach Ablauf von 6 Monaten (früher 3 Monate) eine neue Unterstützungsperiode. Die Kurrenzzeit für den Bezug von Umzugsentschädigungen wird auf 1 Jahr festgesetzt. Der Bezug von Umzugsentschädigung bei freiwilligem Umzug wird abgelehnt, desgleichen die Entschädigung beim Bezug nach dem Auslande. Die Krankenunterstützung soll schon nach 13 wöchiger Krankheit, ohne Rücksicht darauf, ob das Mitglied ausgeleert ist oder nicht, gezahlt werden. Bei der Umzugsentschädigung wird noch festgesetzt, daß sie nur dann gezahlt wird, wenn der Unterstützungsverein von einem Orte nach einem anderen mindestens 10 Kilometer entfernt liegenden verzieht. Damit ist die Regelung über das Unterstützungswoesen erledigt.

Der Sitz des Vorstandes und des Ausschusses bleibt in Gleisburg beziehentlich in Gleisburg. Dem Vorstand und Ausschuß wird für seine Gesamthälfte einstimmig Decharge erteilt. Zum Vorsitzenden wird Holzhäuser, zum Kassierer Mahlke einstimmig wiedergewählt. Die Schulden einzelner Gewerkschaften werden niedergegeschlagen.

Die Tagesordnung ist erschöpft. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schließt der Vorsitzende Timm mit einem Hoch auf die Organisation den Verbandstag.

Theesen über die Gewerkschaftsbewegung.

In einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Frankfurt a. M. wurde über den 2. deutschen Gewerkschaftskongress und seine Beschlüsse verhandelt. Gen. Dr. Quark wendete sich gegen die Redner, die mit dem Kongress und seinen Beschlüssen nicht zufrieden waren. Es genügt nicht, meinte er, daß man mit dem Kongress und seinen Beschlüssen unzufrieden sei, sondern man müsse auch nach dem Grunde forschen, warum der Kongress so ergebnislos war. Nach seiner Meinung sei hauptsächlich der Unlust daran schuld gewesen, daß man sich um die gesetzlichen Fragen herumgebracht, ja ängstlich vermieden habe, darauf einzugehen. Man befürchtete die Maßregelung der Organisation. Dies sei sehr bedauerlich. Die Gewerkschaften haben sich seither darauf beschränkt, das Unterstützungswoesen und Streiks zu regeln. Das genügt aber nicht, wenn wir nicht in den Fehler der Buchdrucker versunken wollen; die Buchdrucker für ihre Kassen, und unsere Gewerkschaften geraten ebenso auf diese abschließige Bahn, wenn sie die Erörterung gesetzlicher Fragen ablehnen. Es müßte daher ein gewisser Mahnungsgeist an die Gewerkschaften ergehen und Bestimmungen formuliert werden, welche gleichsam als Programm für die nächste Zukunft gelten sollen. Als solche Punkte stellte Gen. Dr. Quark folgende Theesen auf:

1. Die Gewerkschaftsbewegung hat den Zweck, die wirtschaftliche Lage des Arbeiters bereits unter der heutigen Gesellschaftsordnung nach Möglichkeit zu verbessern. Die gewerkschaftlichen Mittel zu dieser Verbesserung waren früher fast ausschließlich Kasseneinrichtungen und Lohnkämpfe. Seitdem sich jedoch der Klassenkampf zwischen Unternehmern und Arbeitern immer schärfer zuspielt, hat die einstweilen noch herrschende Unternehmerklasse stellenweise nicht ohne Erfolg versucht, durch die staatliche Versicherungsgesetzgebung und die einseitige Handhabung eines mangelhaften Vereins- und Versammlungsrechtes jene gewerkschaftlichen Mittel in den Händen der Arbeiter untauglich zu machen. Gleichzeitig aber ist es durch den Druck von unten doch gelungen, einen noch wirksameren Schutz als den bloß gewerkschaftlichen durch einzelne Arbeiterschutzgesetze, durch die Gewerbegebiets-, die Gewerbeinspektion und ähnliche gesetzliche Einrichtungen für die Arbeiter zu erzielen.

2. Es ist deshalb eine auf die Dauer unabsehbare Pflicht der Gewerkschaftsbewegung, sich auf das eingehendste auch mit der Sozialgesetzgebung zu befassen. Dies ist an vielen Stellen bereits geschehen, kann aber noch viel kräftiger geschehen, um die Erfahrungen der einzelnen Berufe in größerem Maßstab als bisher für den Arbeiterschutz, die Gewerbeinspektion, die Arbeiterversicherung und ähnliches fruchtbar zu machen. Besonders dringend erscheint die Aufgabe, größere Kraft auf diese Thätigkeit zu verwenden und mehr Einheitlichkeit in dieselbe zu bringen, deshalb, weil die großen und kleinen Berufsorganisationen der Unternehmer (Industrieverbände, Zünfte, Gewerbevereine, Handels- und Gewerbelämmern) die Sozialgesetzgebung auf das sorgfältigste vorzubereiten und dauernd zu beeinflussen pflegen, während die systematische Vorbereitung und Kontrolle durch die Arbeiter noch außerordentlich viel zu wünschen übrig läßt.

3. Wenn nun Gesetzgebung und Behörden den Unternehmerorganisationen diese Thätigkeit in umfassendstem Maße gestatten, bilden die Arbeiterorganisationen momentlich in Preußen, Sachsen und Bayern mehrfach wegen genau derselben Thätigkeit verfolgen und unterdrücken, so ist dogegen als einseitigster Vergewaltigung energisch Protest zu erheben, aber es liegt kein Grund vor, sich auf diesen Protest zu beschränken. Es entspricht vielmehr der Nebenlieferung und den Tendenzen der klassenbewußten Arbeiterbewegung, nach neuen Mitteln und Wegen zur Erreichung ihrer neuen Ziele zu suchen und nicht, wie es bedauerlicherweise auf dem letzten Gewerkschaftskongress geschehen ist, die Behandlung der Sozialgesetzgebung einfach aus Scheu vor dem polizeilichen Einschreiten abzulehnen. Die künstliche Ausschaltung der Gesetzgebungsfragen würde sonst zur Verzweiflung der Gewerkschaftsbewegung führen.

4. Die gewerkschaftliche Bewegung hat sich zu diesen Zwecken auch bereits neue Mittel geschaffen. Solche sind: die Vorbereitung und Besprechung gesetzgeberischer Vorschläge und staatlicher Sozialeinrichtungen in allgemeinen öffentlichen Gewerkschafts-Versammlungen oder speziellen öffentlichen Branchen-Versammlungen (Beteiligung an den Wahlen für staatliche Kassen, für Gewerbegebiets-, Einziehung von Beschwerdekommissionen für die Gewerbeinspektion, Vorbereitung gesetzgeberischer Maß-

Ge war ein unzufriedener Mann, unzufrieden mit seinem Los, mit sich selbst, aber aus dieser göttlichen Unzufriedenheit flossen höhere lyrischen Gedichte, diese leidenschaftlichen Liebeslieder, diese patriotischen Gesänge, diese Volkslieder, die man singen will, so lange dem Menschen Geschlecht die Gabe des Gesangs, die Lust am Freuden verbliet.

— Björnsterne Björnson will sich in Deutschland ansiedeln, wegen der unähnlichen Angriffe, denen er seiner politischen Haltung halber ausgesetzt ist.

— Zur Psychologie der Milliardäre nennt Max Nordau eine kleine Studie in der N. Fr. Pr., die er aus Anlaß des Castellaneischen Festes zu Paris schrieb. Er sagt u. a.: Man weiß, daß die amerikanische Einbildungskraft etwas einstörrig arbeitet, immer nur mit Bissern, man thut ihr kein Unrecht, wenn man sie eine tollgewordene Multiplikation nennt. Ihre läufigen Erdichungen sind eine Art Statistik, die in Großwahnsummen übergeschnappt ist. Sie ersint Tiere, die höher ragen als der Eiffelturm, Häuser, die mehr Stockwerke haben als die unersteiglichsten in Edinburgh und Neapel, Gasthöfe, wo bei einer Feuerbrunst mehr Menschen verbrennen können, als anderswo bei einem großen Theaterbrande. Mehr Höher! Breiter! Dicker! Das sind in Amerika ästhetische Werturteile. Alle Komparative und Superlativen von Bevölkerungen, die Mengenbegriffe ausdrücken, werden als schön empfunden. Das ist natürlich und folgerichtig in einer Gesellschaft, die keine Vergangenheit, dogegen eine Zukunft von tieferer Perspektive hat. Der amerikanische Charakter ist nicht beträchtend, sondern handeln. Die Bevölkerung arbeitet mit meist uncommensurablen Größen, handeln aber ist Befundung von Energie, das heißt von etwas Säbel- und Meißbarem. Der Amerikaner ist also, ohne es zu wissen, ein Pythagoras. Er führt alle Ercheinungen auf Zahlen zurück. Das stärkste, was ein Milliardär ausdient, ist irgend eine Kinderrei, in der Albertheit und Prahlerei um den Vorrang streiten. Der kleine Baudy baute sich eine Arena und veranstaltete für sich und seine Schranken Stiergefechte, wie man sie in jeder größeren spanischen Stadt gegen ein Eintrittsgeld von neun Peetas für den besten Platz unvergleichlich prahlerig sehen kann; mit Scherzen dieser Art brachte er in zwei oder drei Jahren 27 Millionen durch. Es widerstrebt mir, die kleinen Philister-Thorheiten wieder zu sagen, die man vom Salpeterkönig, dem kurzlich verstorbenen Kolonel North, und von den Barnatos, Weis, Werner und anderen neu-

gebackenen Nanbminden-Milliardären erzählt. Man fragt sich staunend: Sind denn alle diese Leute plötzlich reich gewordene Rächtäger oder Edelfeinde? Wie ist es möglich, daß sie in ihren großartigsten Entfaltungen immer nur an die Vorstadtpossenfestgestalt des Schneidersgefechts erinnern, der das große Los gewonnen hat und sich nur ein Gutes anhün will? Kein Milliardär ist je auf einen großen Gebanken verfallen. Keiner hat je etwas Großes, etwas Gewaltiges gewollt, in Gute oder in Schlechtem, im Dienste von Maja oder von Nirvana, für sich oder für die anderen, im heiligen Ernst oder in der teuflischen Verspottung. Da leben die Delphinen hin, haben einen Bauberiod und halten ihn glühend in der lahmen Faust wie einen Kochlöffel. Arme Teufel, arme Teufel! Welch ein Tessin steht in den alten Märchen, wo die Pesther und der Hüter der unermesslichen Schäfe immer dumme und böse Zwerge sind oder Schlangen- und Drachengeiste. Man möchte glauben, daß das Volk, als es sie erkannt, die Psychologie der Milliardäre symbolisch vortragen wollte.

— Vorgeschichtliche Kultur in Amerika. Der Zug des amerikanischen Professors F. Cushing zur Untersuchung der vorgeschichtlichen Denkmäler Süd-Florida hat zu wichtigen Entdeckungen geführt. Es hat in Südwest-Florida ein vorgeschichtliches Volk gegeben, das eine Menge Grabhügel hinterlassen hat. In vielen Beziehungen scheint es den Erbauern der zerstörten Städte von Yukatan und Mittel-Amerika ähnlich zu haben. In einem Grabhügel von 60 Fuß im Durchmesser fand Cushing 800 Skelette, außer vielen Topfscherben und anderen Gegenständen. Bei Marco, an der Südspitze von Florida, hat man bemalte Täfelchen aufgefunden.

Humoristisches.

Ein Milberungagrund. Richter: „Sie haben dem Herrn Professor einen Schirm im Restaurant entwendet — können Sie einen Milberungagrund angeben?“

Dicke: „Er hält ihn ja doch stehen gelassen!“

Herrchen: Studiosus (der seinem ihn besuchenden Onkel das Universitätsgebäude zeigt und diesen beim Eintritt in einen Hörsaal vorausgehen läßt): „Bitte, nach Dir, lieber Onkel! Ich bin hier — zu Hause!“

Gewissenhaft. Bockisch: „Sag, Mama, wie viel Küsse schickst man seinem Bräutigam im ersten Brief?“

nahmen gegen das Schwibsystem in einzelnen Branchen, sowie brüderliche Gewerkschaftskartelle). Die Einheitlichkeit, die dieser Bewegung jedoch noch fehlt, ist am besten dadurch zu erreichen, daß die Vertrauensmänner der deutschen Gewerkschaftskartelle, sowie die Vertrauensmänner der einzelnen Branchen mehr Fühlung und Verbindung miteinander zu erhalten suchen und darauf hinarbeiten, daß künftig in bestimmten Zwischenräumen neben dem Kongreß der Gewerkschaften regelmäßig ein allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongreß stattfindet, der von öffentlich gewählten Delegierten beschickt ist und die Stellung der Arbeiter zu den einzelnen Fragen der Sozialgesetzgebung einheitlicher als bisher regelt.

Wir empfehlen diese Thesen den Gewerkschaften angelehnzt zur Diskussion und Beschlussschaffung.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Ein Verbandsitag sächsischer Konsumvereine fand Sonntag den 19. Juli in Mylau statt. Obgleich über den Konsumvereinen die von den Gegnern derselben mit allen Mitteln betriebene Herbeiführung einer besonderen Umsatzsteuer als Damollesschwert schwelt, so trug die Versammlung doch kein besonderes Gepräge. Eine ganze Anzahl vertretener Vereine gehören zu den „Gutgezähnten“, wie z. B. diejenigen, wo die Verwaltung des Konsumvereins in den nämlichen Händen sich befindet, wie die Leitung des Militärvereins. Diese Vereine scheinen zu glauben, daß sie die „schlpende Hand“ vor solcher Umsatzsteuer, bewahren werde; deren gibt es eine große Anzahl, die sich auch sehr passiv verhalten.

Eine etwas lebhaftere Stimmung machte sich nur bei zwei Punkten der Tagesordnung geltend, und zwar auch nur seitens der Vereine, die von Arbeitern geleitet werden. Diese beiden Punkte betrafen das Verhalten der Konsumvereine gegenüber den neuen rechtsgerichtlichen Bestimmungen „und das fernere Vorgehen der Konsumvereine zur Abwehr der fortgesetzten Angriffe“.

Beim leichteren Gegenstand kam die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 12. Mai d. J., die gemeindliche Besteuerung des Detailhandels von Filialen und großkapitalistischen Vereinigungen betreffend, zur Verlezung und die in Sicht stehende Umsatzsteuer für Konsumvereine sowie auch das Vorgehen der Militärvereine zur ausführlichen Besprechung.

Beschlossen wurde hierzu, gegebenenfalls dem Vorgehen der Gemeinden in der Richtung der Einführung einer besonderen Besteuerung der Konsumvereine, insbesondere dem Projekt der Umsatzsteuer, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegen zu treten, und auch das Vorgehen der Militärvereine an die Offenheitlichkeit zu ziehen. Es wurde u. a. angeführt, daß große Fabrikanten die beschäftigten Arbeiter zwingen, aus dem Konsumverein auszutreten und event. im Militärverein zu bleiben, resp. denselben beizutreten. Diese Fabrikanten schicken aber ganz zuhlig ihre Vertreter zu den Konsumvereinen, um bei diesen ihre Waren abzusetzen. Auf solche Vorgänge soll künftig ein strenger Augenmerk gerichtet und die Vorgänge auch der Offenheit übergeben werden.

Bei Vorbereitung der vom 1. Januar 1897 an erforderlich werdenden Legitimationseinrichtungen und von den Vereinsvorständen zu schaffenden Anordnungen für die Verkäufer wurde eine Kommission genährt, bestehend aus den Vereinen Dresden, Meißen und Potschappel. Schließlich wurde noch angeregt, ein besonderes Kampforgan für die Konsumvereine zu gründen. Dieser Gegenstand wurde ebenfalls der vorgenannten Kommission überwiesen.

Als Ort für den nächsten Verbandsitag wurde Waldheim bestimmt.

„Buzug fernzuhalten“ — bleibt großer Rufzug in Sachsen. Der Redakteur Graf des in Löbau-Dresden erscheinenden Fachblattes für die Arbeiter in der Porzellan- und Glasindustrie, der Fachgenosse, war in Gemeinschaft mit dem Gastwirt Henkel in Niedenburg vom Schöffengericht Dresden wegen groben Unfugs zu Strafe verurteilt worden. Henkel hatte eine Verurteilung gegen einen Niedenburger Firma eingehandelt, die ihre Arbeiter entlassen, weil sie Sedan nicht feiern wollten. Graf wurde verurteilt, weil er einige Nummern des Fachgenossen, in denen die Arbeiter vor Buzug nach gewissen Städten gewarnt worden, als verantwortlicher Redakteur gezeichnet hat. Im ersten Falle sollte der damals verantwortliche Redakteur Reichsbürgersabgeordneter Horn verfolgt werden, es war dies aber mit Rücksicht auf die Tagung des Reichstages nicht angängig, daher wurde der Einender verurteilt.

Die Revision rügte die falsche Anwendung des § 360, 11. Der Vertreter des Angeklagten beruft sich zunächst auf ein Urteil des preußischen Kammergerichts, wonach Verurteilungen straffrei seien. Den Arbeitern würde das Recht der Bereitstellung zur Erringung günstiger Arbeitsbedingungen durch den § 152 der R.-G.-O. gewährt, dieser Vorteil würde aber illusorisch gemacht, wenn sie in gewissen Maßnahmen zur Ausübung dieses Rechts durch Strafen behindert würden. Uebrigens nehme das Verurteilungsgericht irrtümlicherweise an, daß sich „weite Kreise“ und das „große“ Publikum durch die Erklärungen belästigt fühlen. Dem „großen Publikum“ könnten solche Erklärungen höchst gleichgültig sein. Streitpunkte, die doch viel eher eine solche Wirkung hervorruhen könnten, seien bisher straflos, warum sollten es daher Verurteilungen nicht auch sein?

Die Revision wird verworfen. Die Bestrafung erscheine durch die tatsächlichen Feststellungen einerseits, andererseits aber durch vorausgegangene Entscheidungen des sächsischen Oberlandesgerichts als gedeckt. Die Entscheidung des preußischen Kammergerichts könnte in Sachsen keine Beachtung finden.

Natürlich, denn dazu ist doch das deutsche Reich nicht da, um eine Rechtseinheit für die Arbeiter zu gewährleisten.

R. Dresden. 22. Juli. Die Blätter berichteten in den letzten Tagen, daß sich die Überführung Schorlemers nach dem Sonnenstein befußt Prüfung seines Gesetzszustandes nicht bestätigte. Auf eingezogene Erklärungen können wir nun wiederholst versichern, daß Schorlemer tatsächlich nach dem Sonnenstein gebracht worden ist.

Am 2. Mai d. J. ist in einer Schankwirtschaft an der Jakobistraße vom Maurer Eisold zu Gunsten des Maurerstreits Geld gesammelt worden. Der Gendarm Weigel hat dies gesehen und die Liste konfisziert, nachdem 11 M. darauf gezeichnet waren. Eisold bekam ein auf 20 M. lautendes Strafmandat, weil er einer polizeilichen und städtischen Bekanntmachung entgegen eine öffentliche Geldsammlung inszeniert haben sollte. Das Schöffengericht sprach ihn frei und begründete dies Urteil damit, daß hier der Begriff der Offenheitlichkeit nicht gedeckt sei, weil nicht widerlegt wurde, daß der Angeklagte nur unter den Mauern seines Hauses, also in einem individuell begrenzten Personenkreis gesammelt habe. Das Gericht sagte

dann, wenn man diese Sammlung als öffentliche betrachten wollte, so müßte man dies mit jeder Sammlung, die etwa unter einer Gewalterschaft veranstaltet würde, auch ihm und den Veranstalter bestrafen. Der Amtsgericht legte Berufung ein. Um zu kontrollieren, ob die Maurer wirklich alle von einem und demselben Bau seien, war die Staatsanwaltschaft auf den Gedanken gekommen, die Lohnliste von dem betreffenden Bauunternehmer einzufordern und sie als Belastungsmaterial vorzulegen. Da man die Lohnliste eines fremden Unternehmers erwünscht hatte, mußte die Verhandlung behufs Herbeschaffung der richtigen auf vier Stunden verlängert werden. Die Prüfung der richtigen Liste ergab völlige Übereinstimmung mit den Namen der Streilliste, so daß sich der Vorsitzende veranlaßt sah, den Staatsanwalt zu fragen, ob er nicht die Berufung zurückziehen wolle. Da dieser ablehnte, mußte die Sache durch ordentlichen Spruch entschieden werden. Das Urteil lautete auf Verwerfung der staatsanwaltschaftlichen Berufung. Die Handlung, so hieß es in den Entscheidungsgrundlagen, konnte nicht als Sammlung im Sinne der betreffenden Verordnung angesehen werden, weil sich die Maurer in einer vorangegangenen Versammlung zur Leistung dieses Beitrages verpflichtet hatten. Er hatte also nichts anderes gethan, als im Auftrage seiner Kollegen deren pflichtmäßige Beiträge zu einem gewissen Zweck einzufordern. Dann aber war der Begriff der Offenheitlichkeit unter keinen Umständen gedeckt.

Vom heutigen Schöffengericht sind die Genossen Redakteur Eichhorn, Schuhmacher Böhrung, Maler Friske und Metallarbeiter Schäfer zu je 60 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie die Unwesenheit von Schülern bei vier am ersten Osterfeiertag veranstalteten Konzerten geduldet hatten. Die hohe Strafe war mit Rücksicht auf das tendenziöse Programm begründet worden. Die gegen das Urteil eingelegte Berufung wurde heute vom Landgericht verworfen.

Der Vorstand des sozialdemokratischen Arbeitervereins zu Meissen hatte ein Strafmandat von 60 M. erhalten, weil er einer diesbezüglichen Verordnung zuwider Nichtmitglieder bei einer Vereinsfeststunde gebürdet hatte. Das Schöffengericht setzte die Strafe auf 20 M. herab. Das Landgericht sprach als Berufungsurteil den Kl. freil. Es war als erwiesen angenommen worden, daß sich zweifelhafte Personen eingedrängt und dann den Vorsitzenden benutzt hatten.

Der Bildhauer Dutsch wurde wegen Chirverlehung und Bedrohung (§ 158 der G.-O.) zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Eine Woche wurde auf die Untersuchungshaft angerechnet. Das Vergehen soll sich der Angeklagte während des Bildhauerstreits im vorigen Jahre haben zu Schulden kommen lassen. Er reiste damals nach Schweden. Bei seiner Rückkehr vor etwa einer Woche wurde er verhaftet.

Nach dem neuesten Verwaltungsbericht erwarben im Jahre 1894 990 Personen das Bürgerrecht. Unter dieser beträchtlichen Zahl findet sich nicht ein einziger Arbeiter. Dieselbe Entwicklung lehrt jedes Jahr wieder. Der Rat erkennt die Arbeiter überhaupt nicht als bürgerberechtigt an. Meistens wurde ihnen die erforderliche Selbständigkeit abgesprochen. Dass ein solcher Zustand unhalbar ist, ist klar, für den Rat hat er aber den Vorteil, daß er die Sozialdemokratie von der Teilnahme an der Gemeindeverwaltung fernhält.

Die Ausstellung wurde im ersten Monat ihres Bestehens von rund 40700 Personen besucht.

Die Vierteljahrs-Auskündigungskリスト der oberen Expeditionsbeamten und Sekretäre des Justizdienstes ist nach einem Beschlüsse des Ministeriums fallen gelassen worden. Die betreffenden Beamten sind nunmehr auf Lebenszeit angestellt.

Burgstädt. 23. Juli. Heute geht Genosse August Diehl, der frühere Redakteur der Volksstimme, wieder nach Zwickau ins Gefängnis, um die ihm zugesetzte Strafe von 16 Monaten, die er nach Verbüßung von 4½ Monaten wegen schwerer Erkrankung unterbrochen musste, vollends abzubrinnen. Hoffen wir, daß er die lange Strafzeit gesund überstehen möge.

g. Zwickau. 22. Juli. Um letzten Montag weigerten sich sämtliche Förderleute der Tiefbauschächte (Erzgebirgischer Steinkohlen-Aktien-Verein) anzufahren, wenn ihnen nicht sofort Zugeständnisse in Bezug auf Lohnhöhungen gemacht würden. Dem Stellvertretenden Obersteiger gelang es, die Leute zur Aufzahrt zu bewegen. Nach der Aufzahrt wurden ihnen von dem Bergverwalter, Herrn Döbrib, Erhöhung der Gehaltsätze und Auszahlung von nicht unter 70 Pfennigen Ausbente pro Schicht (Zugdtag zum Schichtlohn für Accordarbeiter) zugestanden. Die Erhöhung der Schichtlöhne, die für die Förderleute 1.80 M. bis 2.20 M. betragen, ist ihnen für Neujahr in Aussicht gestellt. Es gärt überhaupt unter den hiesigen Bergarbeitern.

Trenn. 22. Juli. Die Amtshauptmannschaft Auerbach ist unlängst mit Herrn Amtshauptmann Weeger — neu besetzt worden. Der neue Amtshauptmann erläßt folgende Bekanntmachung: Nachdem hier des öfteren anonyme Anzeigen eingegangen sind, durch welche Personen verdächtigt oder angebliche Nebelstände gerügt wurden, die angeführten Erörterungen aber die Grundlosigkeit derselben ergeben, wird hiermit bekannt gemacht, daß auf anonyme Anzeigen von der Königlichen Amtshauptmannschaft in Zukunft nichts mehr verfolgt werden wird.

Neustadt. 22. Juli. Ein schweres Gewitter mit Hagelschlag hat heute mittag in der Umgegend großen Schaden angerichtet. Unter heftigen Hagelschlägen verwüsteten innerhalb von 20 Minuten die dicht heranfallenden hohen und wallenden Hagelschäfte die prächtige Ernte. Obstfrüchte, Äste und Zweige wurden von den Bäumen geschlagen, Glasfenster zertrümmert, Straßen, Fußwege in Stadt und Dörfern teilweise überschwemmt. Die Felder zeigten ein winterliches Aussehen. Die ungeheuren Wassermassen vermochten die Kanäle und Gräben nicht zu fassen, so daß die Häuser unter Wasser standen. Die Hagelschäfte lagen 10 Centimeter hoch auf Bogen und Fluren. Nach dem furchtbaren Wetter trat nur wenig Abkühlung ein.

Dippoldiswalde. 22. Juli. Es sind Verhandlungen im Gange zwischen dem sächsischen Bäckerverband und dem städtischen Ausschuß wegen Verbindung einer Fachschule für das Bäckerhandwerk mit der hiesigen deutschen Müllerfachschule.

Bittau. 22. Juli. Einen Stichbrief gegen einen Soldaten der 12. Compagnie des Bittauer Infanterieregiments Nr. 102 veröffentlichte das hiesige Regimentskommando. Der Soldat hat sich am 12. Juli d. J. eigenmächtig aus hiesiger Kaserne entfernt, ohne bis jetzt wieder zurückgekehrt zu sein, und ist deshalb der Fahnenflucht dringend verdächtig. Es scheint ihm danach in der Kaserne nicht zu wohl geworden zu sein.

Aus der Partei.

Das Befreiungswahlverfahren, das gegen das sozialdemokratische Volksblatt in Halle eingeleitet und auf sichere und zeitige Redakteure, Seyer, Verleger und Geschäftsführer ausgedehnt wurde, scheint jetzt mit der Entlassung eines Schreibers des Rathauses zum Abschluß gekommen zu sein. Der Schreiber ist unter dem dringenden Verdacht entlassen worden, jenen Bericht dem Volksblatt übermittelt zu haben. Die gegen fünf Personen verhängten Strafen von Befreiungswahl sind bis jetzt nicht vollstreckt worden.

Der Cigarrenarbeiter Hinrich Molkenbuhr-Ottenbeck ist in Andreesberg im Harz, wo er Haltung suchte, im Alter von 48 Jahren gestorben. Im Frühjahr 1881 wurde er wegen Verbreitung sozialdemokratischer Schriften zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und, nachdem er diese Strafe verbüßt hatte, im Mai 1881 aus Hamburg-Altona ausgewiesen. Hinrich Molkenbuhr ging über den Ocean und suchte sich in den Vereinigten Staaten eine neue Existenz, zugleich aber auch einen neuen Wirkungskreis für Ausbreitung des Sozialismus. In lebhafter Weise beteiligte er sich in Amerika an der sozialistischen Bewegung und war Mitbegründer der Section Greenville der sozialistischen Arbeiterpartei. Einige Jahre nach dem Fall des Sozialistengesetzes, im Herbst 1893, kehrte er in die alte Heimat zurück und wohnte mit seinen beiden Brüdern in Ottenbeck. Der Vater einer war er; die Freunde und Parteigenossen werden seiner stets gedachten.

g. Karlsruhe. 22. Juli. Eine Konferenz sämlicher sozialdemokratischer Bürgerausschusmitglieder Badens findet am 6. September in Karlsruhe statt.

In Pforzheim wurde Genosse Koller wieder zum Stadtrat gewählt, ebenso wurde dort zum erstenmal ein Genosse in den Stadtrat gewählt.

Soziale Rundschau.

Die selbständigen Mützenmacher Berlins, das sind die von Großindustriellen beschäftigten Hausindustriellen, stehen seit dem 9. Juli im Streit. Den 145 Selbständigen haben sich ca. 600 Arbeiter und Arbeiterinnen angegeschlossen. Die Streikenden fordern prozentuale Erhöhung der Löhne bis zu 33½ Prozent bei den billigen, und 10 Prozent bei den besseren Arbeiten. Die Fabrikanten haben vor und während des Streiks jede Unterhandlung schroff abgelehnt. In den letzten fünf Jahren sind die Löhne um 80 bis 70 Prozent reduziert worden, was auf die drückende Konkurrenz einiger Berliner Großfirmen zurückzuführen ist, unter der die Fabrikanten ganz Deutschlands zu leiden haben. Die Arbeit ruht fast allgemein, und da sich die Bestellungen in Sommerfachen sehr gehäuft haben, so müssen die Fabrikanten den Arbeitern entgekommen, wenn die Streikenden in der Lage sind, auszuhalten. Von den streikenden Arbeitern sind 500 Personen zu unterstützen. Deshalb bitten die Streikenden um Unterstützung. Mainenlich die in der Kürschnersbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen sollen zur Verhinderung ihres Solidaritätsgefühls aufgerufen. Geldsendungen sind zu richten an: Dr. Krautig, Restaurant Neuemann, Berlin, Lindenstraße 19.

Maurer! In Hedwigsvorstadt (Braunschweig) ist ein Streik der Maurer ausgebrochen.

Cigarrenlistenmacher! Zwischen den Kollegen von Hamburg-Altona und ihren Arbeitgebern sind Differenzen ausgetragen.

In der Möbelwerkstatt von Wendt u. Hirsch, Hamburg, sind wegen eines Kollegen Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgebrochen.

Schuhmacher! Der Streik in der Wallstraße von Michaelis u. Comp. in Hamburg ist durch Vergleich beigeendet worden. Erzielt wurde die Regelung der Arbeitsausgabe und Bezahlung der Werkezeit.

Flensburg. 22. Juli. Auf der Werft der Flensburger Schiffbau-Gesellschaft, die über 1500 Arbeiter beschäftigt, stellten hente, wie telegraphisch berichtet wird, 700—800 Arbeiter die Arbeit ein, weil die Direktion die geforderte Lohn erhöhung verweigerte.

Wilmersdorf. 22. Juli. Die Küfer und Fassbinden der Firma Lindgens u. Söhne sind seit gestern in einen Ausstand eingetreten. Die Ausständigen fordern eine Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 40 Pf. Die Ausstände auf Gewährung dieser Forderung sind günstig.

Gerichtsamt.

Schöffengericht.

Zeitz. 22. Juli. Wegen öffentlicher und Beamtenkleidung, Vergehen nach § 188 und 198 des Str.-G.-O., hatte sich heute vormittag der Tischler Genosse Wilhelm Karl Franz Meusch vor der Ferienstrafammer des Schöffengerichts zu verantworten. Der Vorst. führte Herr Professor Dr. Tobias, die Verteidigung M. lag in den Händen des Herrn Rechtsanwalt Miesch. Dem Angeklagten wurde zur Last gelegt, in einer in der Flora am 12. Mai abgehaltenen öffentlichen Versammlung streikender Tischlergehilfen, in der er den Vorst. führte, die Polizeibeamten dadurch beleidigt zu haben, daß er die Auflösung fallen ließ. Die Schuhleute und der Kommissar hätten mit dem Werkführer der Firma F. A. Schütz, der auf dem Berliner Bahnhof gewesen war, um zuziehende Tischler abzuholen, ein paar Glas Bier getrunken, während die Streikenden, die den Zugang fremder Tischler auf den Bahnhöfen abhalten sollten, weggezogen und verhaftet werden seien. Der Versammlung hatte der Kriminaloberwachtmeister Förtenberg als wachhabender Beamter beiwohnt. Auf eine von diesem erstattete Anzeige hin ist am 30. Mai vom Polizeidirektor Breitenecker Strafantrag gegen Meusch gestellt worden.

Der Angeklagte erklärte, er sei während des Tischlerstreits Vorsitzender der Polizeikommission gewesen und habe als solcher alle tagsüber eintauenden Berichte über den Stand des Streiks entgegenommen. Es sei ihm an dem fraglichen Tage nun mitgeteilt worden, daß einige Streikende von Schuhleuten vom Bahnhof fortgewiesen wurden, während der Werkführer Radenscher, der sich ebenfalls dort befunden habe, um Leute abzuholen, ruhig habe dort bleiben und sein Glas Bier habe trinken können. Diese ihm gewordene Mitteilung habe er in der Versammlung zur Sprache gebracht. Es habe ihm fern gelegen,

den Beamten den Vorwurf der Bestechlichkeit zu machen; auch sei die Aushebung nicht so von ihm gehalten worden, wie sie in der Anklageschrift wiedergegeben ist.

Der Alte Geuge vernommene Kriminaloberwachtmester Förstenberg erklärte, die Aushebung folgendermaßen stenographisch niedergeschrieben zu haben: "Unsere Kollegen hatten sich gestellt wie Rademacher, der aufpassen wollte, ob Leute von Berlin kamen. Rademacher hat mit den Schuhleuten und dem Kommissar ein paar Glas Bier getrunken und unsere Leute hat man vorbestellt". Auf Beifragen des Vorsitzenden, ob er dem Meusich daran das Wort entzogen und die Versammlung aufgelöst habe, erwiderte der Kriminaloberwachtmester, das nicht gehalten zu haben. Nach seiner Meinung glaube er zugeben zu können, daß Meusich die Beamten nicht direkt habe beleidigen wollen. Auf weitere Beifragung durch den Vorsitzenden, ob die Worte Nr. 8 in der Versammlung einen besondern Sturm der Entzündung hervorgerufen haben, antwortete Herr Förstenberg, eine derartige Wahrnehmung nicht gemacht zu haben. Der zweite Geuge, der Tischler Wiesmann, befürchte, daß er von einem Schuhmann vom Bahnhof weggewiesen worden sei, während er gesehen habe, daß man den Rademacher ohne weiteres in den Wartesaal hineingelassen habe. Ob Rademacher mit den Beamten Bier getrunken habe, wisse er nicht. Der Amtskantall beantragte, nachdem mit diesen beiden Zeugen auszogen die Beiseitanzahlung erschöpft war, die Bestrafung des Angeklagten gemäß des Eröffnungsbeschlusses. Von der Verteidigung wurde auf Freispruch plädiert. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe in Höhe von 20 Mark, zu deren Stelle im Nichteinbringungsfalle 5 Tage Gefängnis zu treten haben. Den Antragstellern wurde außerdem die Befreiung zugestanden, den Tenor des Urteils innerhalb vier Wochen nach erlangter Rechtsskraft auf Kosten des Angeklagten im Leipziger Tageblatt bekannt zu geben. Das Gericht war auf Grund der stenographischen Niederschrift des Kriminaloberwachtmasters Förstenberg zu der Überzeugung gelangt, daß den Beamten mindestens der Vorwurf der Parteilichkeit; wenn auch nicht direkt der Bestechung durch die Aushebung Meusichs gemacht werden sollte.

Vereine und Versammlungen.

Die Kürschner hielten am 14. Juli in Lindenau in der Erholung eine Versammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht und Neuwahl eines Vertrauensmannes und zweier Redakteure zum Unterstützungsfonds. 2. Bericht über die Generalversammlung zu Schleußig. 3. Rechenschaftsbericht und Neuwahl eines Vertrauensmannes vom Juristenverband. 4. Gewerkschaftliches. 5. Stellungnahme zum Arbeitsamt. Bei Punkt 1 wird Kollege Hebstreit als Vertrauensmann wieder gewählt. Punkt 2 wird durch einen kurzen Bericht vom Kollegen Elmer erledigt. Beim 3. Punkt gibt letzterer gleichfalls den Rechenschaftsbericht und wird ihm Decharge erteilt. Die Neuwahl des Vertrauensmannes wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. Beim 4. Punkt ging folgende Resolution ein: Die heutige in der Erholung zu Lindenau tagende öffentliche Kürschnerversammlung möge beschließen, an allen Orten dazu Stellung zu nehmen, die eingerissenen Lebendstände betreffs der Bankarbeit und Falsen auf Stunde zu bestätigen, weil die Städterbeiter dadurch geschädigt werden und die Meister die Schmuckfirma befürden werden. Die Kollegen mögen sich allerorten der Organisation anschließen.

Der Arbeiterverein zu Knautscheberg und Umgegend hielt am Sonntag den 19. Juli seine ordentliche halbjährliche Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Bericht des Gesamtvorstandes. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 giebt der Vorsitzende eine Übersicht über die Tätigkeit des Vereins im letzten halben Jahre, die unter den obwaltenden Verhältnissen eine zufriedenstellende war. Auch fielen die Berichte des Kassierers, der Obmannes und Bibliothekars zur Bestreitung aus, so daß allen Entlastung erteilt wurde. Bei stattgefundenener Wahl des Gesamtvorstandes wurden bis auf den 2. Vorsitzenden und zweier Revisoren die alten Vorstandsmitglieder wieder in ihre Amtsräume gewählt. Beim 3. Punkt, Verschiedenes, gab nichts Besonderliches Veranlassung zu einer größeren Debatte. Schon wurde die Versammlung mit dem Wunsche geschlossen, daß sich recht viel neue Mitglieder finden und der Verein eine große Ausdehnung erhalten möchte.

Eine von 500 Zimmereuren besuchte öffentliche Versammlung tagte am Dienstag den 21. Juli im königlichen Hof. Auf der Tagesordnung stand: 1. Zweck und Nutzen eines Arbeitsamtes. 2. Die heutigen Zustände in unserem Beruf. 3. Gewerkschaftliches. Kamerad Höfer schilderte die Notwendigkeit eines Arbeitsamtes. Die Anwesenden erklärten sich mit der Errichtung eines solchen Amtes einverstanden. Über den zweiten Punkt berichtete Kamerad Kaiser. Es empfand sich eine lebhafte Debatte. Der Antrag, auf jedem Platz einen Platzbeurkundeten zu wählen, der die Sammlung für den Unterstützungsfonds vornimmt und die Organisationsbücher zu kontrollieren hat, wurde angenommen. Beim 3. Punkt wurde das Verhalten verschiedener Arbeitgeber einer dritten Kritik unterzogen. Besonders wurde das Verhalten des Zimmermeisters Hebstreit, sowie das der Frankfurter Firma Holzmann u. Comp. scharf getadelt. Ersterer sucht durch öfters Anstellen bei Entlohnung die Löhne, die auf 45 Pf. pro Stunde stehen, herunterzubringen, bei letzterer Firma sollen bloß 35 Pf. pro Stunde gezahlt werden. Nach lebhafter Debatte gelangte folgender Antrag zur einstimmigen Annahme: Der Vertrauensmann wird beauftragt, in Fürstener Frist Fragebogen auszugeben, mit denen alle Mängel im Zimmeregewerbe festgestellt werden sollen. Die Fragebogen sollen dem Vertrauensmann baldigst wieder zugeschickt werden. Nachdem der Vorsitzende zu reger Beteiligung am Sommerfest aufgefordert, erfolgte Schluss der Versammlung.

Marktstädt. Am Sonntag den 19. Juli tagte hier eine öffentliche Versammlung der Zimmereuren und verwandter Berufsgruppen. Kamerad Kaiser aus Leipzig sprach über die Lohnkämpfe im Baugewerbe. In seinem Vortrage erläuterte er, wie die verschiedenen Streits entstanden sind und hob als die modernsten Kämpfe hervor, die wegen Verkürzung der Arbeitszeit geführt worden sind. Er schildert, wie diejenigen Städte, wo die Organisation am stärksten vertreten ist, fast ausnahmslos ihre Streiks mit gutem Erfolg durchgeführt haben, wogegen in Städten, wo die große Masse den Organisationen noch fern stand, die Streiks meistens zu Ungunsten der Arbeiter aussiedeln. Unter Gewerkschaftlichen sprachen sich mehrere Redner über die übermäßig lange Arbeitszeit aus, wobei der Wunsch allgemein geäußert wurde, für nächstes Frühjahr eine Verkürzung der Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden und eine dementsprechende Lohnausweitung zu fordern. Kamerad Kaiser ermahnt die Versammelten, der Organisation beizutreten. Seiner Bitte schließen im Verband. Hieraus wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute in Marktstädt tagende öffentliche Versammlung der Zimmereuren und verwandter Berufsgruppen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt an, daß nur durch eine feste geschlossene Organisation eine Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter zu erreichen ist. Die Versammelten versprechen, alle Männer für Mann dem Verband beizutreten. Nach Schluss der Versammlung ließen sich noch mehrere Kameraden in den Verband aufnehmen.

Versammlungskalender.

Donnerstag: Berlin der Bauhof, Kaiserlicher Hof. Abends 9 Uhr. Z. O.: 1. Halbjährliche Bericht. 2. Anträge. 3. Verschiedenes. Besangverein Hollertheim. Besinnungshalle zu Lindenau. Abends 8 Uhr. Z. O.: 1. Die Stellung der Vorsteher und der jetzige Geschäftszugang in den Gardeisen. 2. Werkstättengesetzgebung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 23. Juli.

Der Ausstand der Metall-Former, -Gießer und Kermacher der Weidner'schen Armaturenfabrik und Metallgießerei wurde von der gestern im Saale des Paulsbaus abgehaltenen und von 150 Personen besuchten Versammlung, gutgeheissen und den Streitenden die moralische und finanzielle Unterstützung der hiesigen Kollegen zugesichert. Kaufleute haben sich bisher, trotz eifriger Nachfrage des Präsidenten, nur drei Mann gefunden. Sie haben aber schon gestern die Arbeit wieder aufgegeben. Einer der Ausständigen hatte sich bei Konventionalstrafe von 150 Mk. verpflichtet, acht Wochen bei Herrn Weidner zu arbeiten und mußte daher zur Arbeit zurückkehren. Die von der Firma ausgestellten Bezeugnisse belegen, daß die betreffenden bis zum 16. Juli 1896 vormittags 9 Uhr dort beschäftigt gewesen sind, nachdem sie jahrelang dort in Arbeit gestanden haben. Weidner läßt selbst in Rheinland und Westfalen sowie in Schlesien nach passenden Arbeitskräften suchen. Zwei in der Versammlung anwesende „nicht offizielle“ Vertreter der Firma erklärten, daß 20—25 Offiziere von auswärtigen Arbeitern eingegangen seien und Herr Weidner sorge nicht um die Fertigstellung der Arbeit, denn er sei seit einigen Tagen in die Sommerfrische gefahren. Der eine dieser Herren, der frühere Compagnon und jetzige Leiter der Firma, schreibt sich das zweifelhafte Verdienst zu, die Berliner Gießarbeiter dem Geschäft zugebracht zu haben. Auch ist er sicher, daß der Berliner Gieß trotz des Ausstandes der Arbeiter gemacht werde. Mehrere Redakteure ließen diesem Herrn die notwendige Absicherung zu Teil werden und ermahnten die Ausständigen, fest zusammen zu halten. Auch wird noch aufgefordert, der Kunst aller irgendwie verdächtig erscheinenden Modellen nachzuforschen, damit sich die Leipziger Former und Gießereiarbeiter nicht den Vorwurf zu machen brauchen, den Berliner Ausstand geschädigt zu haben.

Auch eine Verichtigung. Wie erhalten folgende Zuschrift: Bitte hört, um Aufnahme nachstehender Verichtigung: In Nummer 108 der Leipziger Volkszeitung steht in dem Bericht über die öffentliche Buchdrucker-Versammlung, ich hätte meine Haltung auf der Generalversammlung verteidigt. Das ist vollständig aus der Luft gegriffen. Meine Haltung war von seiner Seite angefeindet worden, ich hatte deshalb gar keine Ursache, mich zu verteidigen. Hermann Rauh.

Wir wollen die Wirkung dieser „Verichtigung“ durch keinerlei Bemerkung abschwächen.

Die Leipziger Gerichtszeitung während der Hundstage. Die Entzündung über das freie Attentat auf den Polizeiwohnmüller Gähler am Sonnabend nachmittag ist eine allgemeine und berechtigte. Aber der Aufwand von Entzündung, den sich die Leipziger Gerichtsbarkeit leistet, kreist wahrscheinlich ins Märchen. Das Blatt bemerkt nämlich zu dem Ereignis:

Hoffentlich gelingt es bei so genauer Bezeichnung seines Neueren, den Nachlosen zu erwischen, und ist er erst in den Händen der Behörden, wird es sicher an exemplarischer Strafe nicht fehlen, freilich die Strafe, die so ein Vagabund verdient, nämlich eine tägliche gehörige Tracht Prügel, die kann er nicht erhalten. Er kommt auf mehrere Jahre ins Buchthaus, die soll verkommenes Subjekt ohne besondere Empfindung verbrüht und damit ist's gut. Und wenn er wieder heraus ist aus dem Buchthause, dann schlägt er abermals den ersten breiten nieder, der ihm in den Weg kommt. Prügel, und wären es doch schwieriger, andern solche Subjekte freilich auch nicht, solche Art gehört, um sie unschädlich zu machen, lebenslänglich ins Buchthaus.

Und kann es nicht einfallen, den Angriff auf das Leben des Polizeiwohnmüllers G. nur im geringsten beschönigen zu wollen. Der freche Wunsche wird hoffentlich bald ausfindig gemacht und dann wird er seiner gerechten Bestrafung nicht entgehen. Wollte man aber für jedes Verbrechen lebenslängliches Buchthaus verlangen, dann würden wir unsere Buchthäuser bald um die Hälfte vermehren müssen.

Das gestrige anhaltende Gewitter hat vielfachen Schaden angerichtet. Die Blitzeschläge waren jedoch sämtlich kalte. Auf dem Hause Riedelstraße 29 wurde durch Blitzeinschlag der Dachstuhl nicht unerheblich beschädigt. Im Bibliographischen Institut fuhr der Blitz in die Dampfsesse. In Miltitzer Flur wurden fünf auf dem Felde beschäftigte Kinder von einem Blitzstrahl getroffen. Eines von ihnen wurde sofort getötet, die vier anderen jedoch nur betäubt. Über ein anderes Ereignis während des Gewitters berichtet das Tageblatt: Durch eine elektrische Entladung wurde während der Fahrt durchs Rosenthal ein junger Mann von dem Vorberperson eines nach der Stadt fahrenden Motorwagens geschockt, wobei er sich überschlagend, ohne Schaden zu nehmen, wieder auf die Füße zu stellen kam. Über seine Wahrnehmungen und Empfindungen befragt, äußerte der junge Mann, daß er einen zischenden Feuerstrahl bemerkte und in denselben Augenblick auch das Gefühl gehabt habe, als fosse ihn jemand an die Füße und schleppe ihn zum Wagen hinaus.

Sehr lästig empfunden wurde bei dem starken Gewitterregen die Mangelhaftigkeit des Schleusenwesens, namentlich in den Vororten Plagwitz und Lindenau sowie auch in Anger-Crottendorf. Die Schleusen waren nicht im Stande, die Wassermassen zu lassen, so daß sich die Straßen in Seen verwandelten. Selbst die Trottoirs waren nicht passierbar. In Keller und Kellerwohnungen drang das nasse Element ein. Nachdem die Wässer sich verlaufen, mußten vielerorts zurückgebliebene Schlammmassen beseitigt werden.

Über den Elsterbrückenbau bei Schleswig, zu dem die Stadt Leipzig bekanntlich die Summe von 28 800 Mk. beitrugen, sollte, was jedoch die Stadtverordneten ablehnen, die „nur“ 10 000 Mk. bewilligt, wird offenbar von beteiligter Seite die hochstehende Notiz in die bürgerliche Presse lanciert:

Der Neubau der die beiden Stadtteile Plagwitz und Neuschönburg verbindenden Elsterbrücke ist durch den Beschluss des Stadtverordnetenkollegiums vom vorigen Mittwoch wieder in weite Ferne gerückt worden. Die Westendbaugesellschaft wird nunmehr von einem Neubau der Brücke absehen und an beruhigen nur die nötigen Ausbesserungen vornehmen lassen; die Gesellschaft hat die für den Neubau erstellten Bestellungen wieder allseitig zurückgezogen. Im Interesse des starken allgemeinen Verkehrs, der über diese Brücke von und nach der Stadt geht, ist zu bedauern, daß die Sache so gekommen ist; man hatte hier sicher gehofft, daß auch

in Rücksicht auf die in unmittelbarer Nähe gelegene Leipziger Brücke in Bülkau die alte, vollständig unzureichende hölzerne Brücke in Bülkau einer neuen massiven Platz machen werde.

Zu dem, was die Westendbaugesellschaft thun wird, hat der Leipziger Rat auch einige Wörter mitzureden. Sicherlich wird er daran festhalten, daß die Brücke so hergestellt wird, daß sie dem Verkehrsbedürfnis genügt.

Zur Alters- und Invalidenversicherung der Handelsindustrie. Es kommt noch recht oft vor, daß Unternehmer der Textilindustrie und der Tabakbranche, die Leute als Handelsindustrie beschäftigen, ohne weiteres behaupten, sie hätten keine Verpflichtung, für solche Arbeiter Beiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung zu leisten. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß diese Unternehmer sogar bei Strafe verpflichtet sind, ihre Beiträge bei jeder Vornahme mit zu leisten.

Die Petition Leipziger Frauen zu Gunsten des Achtstundentagschlusses hat bis jetzt annähernd 1500 Unterschriften gefunden.

Über die Weiterzahlung von Lohn an städtische Arbeiter in Krankheitsfällen, die der Rat der Stadt in Zukunft zu gewähren beabsichtigt, berichtet das Leipziger Tageblatt noch folgendes: Die städtischen Arbeiter, die für niemanden zu sorgen haben, bekommen nur das ihnen zuschende Krankengeld; die Arbeiter aber, die für jemand zu sorgen haben, erhalten auf Ansuchen 80 Prozent ihres Lohnes auf sechs Wochen, bei längere Krankheitsdauer bleibt die weitere Bewilligung der Entschließung des Rates überlassen. Arbeiter, die über zehn Jahre in Diensten des Rates stehen, können außerdem Krankengeld bis zu 100 Prozent ihres Lohnes erhalten. Die Arbeiter, die von diesen Benefits Gebrauch machen, sind gehalten, sich auf Kosten der Stadt ärztlich untersuchen zu lassen.

Auf die Vorteile und Nachteile, die die Verwendung des Gases zum Kochen und anderen hauswirtschaftlichen Zwecken bietet, macht die Ratsdeputation zu den Gasanstalten von neuem aufmerksam. Diese Verwendung ist dadurch, daß der Preis für das Gas zu anderen als Beliebungszwecken eine Erhöhung auf 12 Pf. für einen Kubikmeter erfahren hat, wesentlich erleichtert worden. Durch die Ausstellung von Gasverbrauchsgegenständen aller Art (im Markthallen-Eckgebäude an der Brüderstraße) werden zweckmäßige Gas-Kochherde und andere Geräte für Gasfeuer verschafft und mißlich sowie auch künstlich an Abnehmer von Gas aus den städtischen Anstalten abgegeben. Auch werden Ausläufe in den Geschäftsstunden von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachmittags und von 3 bis 7 Uhr nachmittags kostenfrei erteilt und die verschiedenen Geräte im Gebrauche vorgeführt. Jeden Mittwoch nachmittag aber, auf Wunsch auch an anderen Tagen, wird in diesen Ausstellungsräumen mittels Gasfeuer gekocht, gebraten und gebacken, wobei das Prüfen der bereiteten Speisen den Verkäufern freisteht.

Der deutsche Samaritertag findet vom 18. bis 20. September in Berlin statt.

Der Leipziger Samariterverein leistete im Monat Juni bei 687 Unfällen und 47 plötzlichen Erkrankungen die erste Hilfe.

Patentanmeldungen sächsischer Erfinder. Mitgeteilt vom Patentbüro des Ingenieurs Ed. Breslauer, Goethestraße 7. Gegen diese Anmeldungen kann bis zum 16. September 1896 Einspruch erhoben werden. Kl. 25. Flechtmaschinen: G. F. Grosser, Märkendorf bei Burgstädt. Vorrichtung für Laubsägemaschinen zum Absprengen einzelner Maschen und zum Ausdrücken der jetzt geworbenen Nadeln. Kl. 42. Instrumente: Fr. Aug. Lette, Leipzig, Fürstenstraße 8. Zusammensetzbare Röhrenstift. Kl. 49. Metallbearbeitung: Chr. Mansfeld, L. Steinitz. Vorrichtung zur sicheren Ver- und Entkupplung des Lüfters einer Prägepresse. Kl. 51. Musikalische Instrumente: Theodor Rudolph, L. Göhlis. Elektrische Glotzenpiel mit Notenschablone. — Siron. Mechan. Musikwerke, Voitmann u. Keller, Leipzig. Vorrichtung zum Abschieben der Notenschreibentzugsche bei mechanischen Musikwerken. Kl. 60. Regulatoren: C. E. Rosi u. Co., Dresden. Febernregulator.

Einhundert Mark Belohnung setzt das Polizeiamt für die Ermittlung des Unbekannten aus, der sich Richter nannte und den Polizei-Oberwachtmüller Gähler auf dem Uferweg nach Connewitz unterhalb der Streitholzbrücke hinterwärts in die Pleiße gestoßen und so dem Tode des Existenzen nahe gebracht hat. Einige Wahrnehmungen sind unterteilt bei der Kriminalabteilung, Wächterstraße 6, part., zur Anzeige zu bringen. — Signalement des angeblichen Richter: Alter: 20 bis 22 Jahre, Statur: Mittel, Bart: Anflug eines blonden Schnurrbart, Kleidung: Graublaues Jackett, abgetragene englische Lederohose, dunkle Ballonmütze, rot- und blaugestreiftes Halstuch, rot- und blaugestreiftes Bartschenthemd.

Arbeiterrisiko. In der Osstraße zu L-Lindenau starzte am Dienstag abend der 20. Jahre alte Schlosser Wandler von einem Turmwagen der Elektricitäts-Gesellschaft Union infolge Kurzschlusses eines verirrten Drahtes auf die Straße, erlitt eine Gehirnerschütterung und wurde ins Krankenhaus gebracht.

Ein Zusammenstoß eines Pferdebahnwagens mit einem Wagen der neuen elektrischen Bahn fand gestern mittag an der Kreuzung der Kurprinz- und Brüderstraße statt. Es entstand nur geringer Materialschaden.

Überfahren wurde am Dienstag in Göhlis ein Geschäftsführer von seinem eigenen Geschirr. Während das Geschirr stand, hatte er sich an den Pferden zu schaffen gemacht. Diese hatten plötzlich angezogen, wodurch der Kutscher zu Fall gekommen war. Er erlitt bedeutende Verletzungen und wurde mittels Droschke in seine Wohnung gebracht.

Wegen misslicher Handlungen mit Kindern unter 14 Jahren wurde ein 17 Jahre alter Tischlerlehrling aus Podelwitz in Haft genommen.

Ein großer Einbruchsdiebstahl ist in der Nacht zum Mittwoch in einem Meerschaumwarengeschäft am Neumarkt verübt worden. Es sind Waren von bedeutendem Wert entwendet worden. Von den Dieben fehlt jede Spur.

Zwei Feuersbrünste entstanden in der vergangenen Nacht in den westlichen Vororten. Es brannte in der Jahnstraße zu Plagwitz in einem Kohlengeschäft und ferner in der Tischlerei von Karl in der Ulzener Straße zu Lindenau. Die Tischlerei brannte vollständig aus. In beiden Fällen verhinderte die Feuerwehr die weitere Ausdehnung des Brandes.

Bernhardt wird seit einer Woche das 12-jährige Schulmädchen Clara Elsa Jacob, deren Eltern Johann Georg-Straße zu Göhlis wohnen. Das Kind ist schmächtig, hellblond, blaudäugig und war u. a. mit hellem bläulichen Kattunrock und hellem Schürze bekleidet.

Schneid. Gemeinderatssitzung vom 21. Juli. Nach dem auszugswiseen Vortrag der Registrarie bringt der Vorstehende eine Mitteilung über die Errichtung des schon erwähnten Volksgartens zur Kenntnis. Es ist hier nach der Ankauf des Areals zum großen Teil gescheit. Zum Protokoll der Baukommission wird ausgeführt, daß mehrere Baurevisionen stattgefunden, bei denen an mehreren Bauten mangelhafte Ausführung und mangelhaftes Baumaterial vorgefunden wurden. Am Neubau des H. Geiser ist die Bauaufsicht 87 cm. außer der Straßenflucht, der Neubau ist bereits bis zur Kellerhöhe errichtet und hat es hierbei sein Verdienst. Die Bäckerei am Neubau des Bäckermüllers Bischoff soll nochmals nachgemessen werden. Vorschriftsmäßig muß die Esse die Höhe von 28 Meter haben. Die Reparaturarbeiten bei der Umgebung des Gemeindeamtes werden dem Scharwerksmauer Heinrich als dem Wenigstfordernden übertragen. Hieraus kommt das Protokoll der Finanzkommission zum Vortrag. Die Kommission hat die Kasse und Rechnungen revidiert. Nach dem Bericht des Vorstehenden der Finanzkommission, H. Ganß, stellt sich die Finanzabrechnung wie folgt: Gemeindeklasse: Einnahme 52846,88 M., Ausgabe 25261,61 M.; Überschuss 27584,77 M.; Feuerlöschklasse: Einnahme 479,23 M., Ausgabe 170,70 M.; Überschuss 309,53 M.; Schulklasse: Ausgabe 25608,88 M., Einnahme 4845,19 M.; Aufschuß aus der Gemeindeklasse 20763,67 M.; Armenklasse: Ausgabe 5605,00 M., Einnahme 4587,57 M.; Aufschuß aus der Gemeindeklasse 1067,52 M.; Abschluß: Überschuss der Gemeinde 27884,80 M.; Aufschuß an Schul- und Armenklasse 21831,19 M., bleibt Bestand 6068,11 M. Vorschläge hat die Gemeinde genommen 9000 M., zurückgezahlt 8000 M., bleiben 6000 Mark. An Kommunalsteuern sind eingegangen 28780,99 M. In die Ausgaben sind die außerordentlichen Ausgaben für Straßbau eingerechnet. Auf Vorschlag der Wohlfahrtskommission werden die eingegangenen Schantkonzessionsgeschäfte des Apfels und Witsch besprudert. Der Landwirtschaftliche Kreditverein hat auf das Ansuchen der Gemeinde ein Amortisationsdarlehen in Höhe von 77000 M. zu gewähren, das Darlehen zugesagt. Die Obstverpachtung am Tauchaer, Sellerhäuser und Koblenzweg haben stattgefunden und ergaben insgesamt einen Betrag von 6 M. Zur Abschaffung von Baumjagdörfern sind drei Dörfer eingegangen und zwar für das Stück 1,10, 1,50, 2 M. Die Flektanten sollen aufgefordert werden, je einen Probeforb zu liefern.

Paundorf. (Gemeinderatssitzung vom 17. Juli.) Der Vorstehende teilt mit, daß das Gesuch vom März d. J. wegen Erlaubnis zur Sonntagsarbeit beim Umzug am Quartalswechsel von der Amtshauptmannschaft mit dem Beifall prüfungslosen ist, die Entscheidung den Gemeinden selbst zu überlassen. Ferner teilt der Vorstehende mit, daß die Untersuchung auf die Brauchbarkeit der Blizableiter an den öffentlichen Gebäuden der Gemeinde ein gutes Resultat ergab. Nur an den Blizableiter auf der Kirche muß eine Reparatur vorgenommen werden. Gegen ein Baugesuch des Herrn Gustav Peter sind Einwendungen nicht zu machen. Zwei Strafverlagerungen werden durch Ermäßigung der Strafe erledigt. Das Fahren des Sprengwagens wird Herrn W. Hecht für den Preis von 1,20 M. pro Stunde übertragen. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis von einem Schreiben des heiligen Gemeindenvereins, das gegen die Bewilligung von 10 M. zum Bau des Böterschlagsdenkmals Protest erhebt. Durch das Schreiben fühlen sich die Gemeindemitglieder in der Mehrzahl beleidigt. Es entpünkt sich hierüber eine längere und heftige Debatte, in deren Verlauf ein Antrag gegen 2 Stimmen angenommen wird, der dahin lautet, daß betreffende Schreiben nebst einem Gesuch, die Berichterstattung über die Gemeinderatssitzungen im Gemeindeverein zu verbieten, an die Amtshauptmannschaft einzusenden.

Eine Statistik der französischen Fachvereine.

Seit 1884, in welchem Jahre das von dem damaligen Minister des Innern, Waldeck-Rousseau, eingebrachte Gesetz über die Fachvereine von den Kammern angenommen wurde, ist die Zahl der Fachvereine bis 1895 von 175 auf 5148 und die der Mitglieder derselben von elftigtausend auf 979098 gestiegen. Von Verbänden der Syndikate, die zur Verteidigung wirtschaftlicher, gewerblicher, Handels- und landwirtschaftlicher Interessen gegründet wurden, gab es 1884 im ganzen 20 Verbände, 10 für die Arbeiter- und 10 für die Arbeitgeber-Syndikate, 1895 hingegen schon 143, nämlich 79 für Arbeiter-, 88 für Arbeitgeber, 17 für landwirtschaftliche und 9 für gemischte Syndikate. Die Zahl der Arbeitsbörsen betrug 1894 37 mit 658 Syndikaten und 73359 Mitgliedern, im Vorjahr hingegen 34 mit 688 Fachvereinen und 199382 Mitgliedern.

Die Fachvereine der Arbeitgeber sind in unausgesetztem Wachstum begriffen. Dieselben besaffen sich nicht nur mit den Tagessfragen, sondern fungieren auch als Wahlkomitees bei der Ernenntung der Handelsrichter. Sie verfügen über 124 Blätter, 97 Stellenvermittlungsbüros, 73 Bibliotheken, 16 Fachschulen, 9 Altersversorgungskassen. Zu diesen Verbänden gehören auch 132 Vertriebsverbände.

Die Zahl der Arbeiter-Syndikate ist von 1894 auf 1895 um 15 zurückgegangen, die der Mitglieder hingegen um 15732 und die der Verbände von Syndikaten um 7 gestiegen. Die von den Arbeiter-Syndikaten geschaffenen Unternehmungen sind folgende: 419 Bibliotheken, 297 gegenseitige Hilfsvereine, 295 Stellenvermittlungsbüros, 113 Fachlizenze, 102 Wanderversorgungskassen, 94 Unterstützungsstellen für Arbeitsstockungen, 43 Sporvereine, 42 Zeitungen und Bulletins, 36 Konsumvereine, 80 Altersversorgungskassen, 17 Kooperativvereine.

Die gemischten Syndikate, in denen sich Arbeitgeber und Arbeiter desselben Berufs zusammenfinden, haben bis jetzt wenige Fortschritte aufzuweisen. Die Zahl derselben beträgt 173 mit 31126 Mitgliedern gegen 177 mit 29124 Mitgliedern im Jahre 1894. Anstatt, wie in England, Amerika und Belgien, die fruchtbare Idee der gemischten Berufskommissionen zu vertreten, sind sie in Frankreich ausschließlich katholische Arbeiter-Klubs, die den alten Buntztag wieder herstellen wollen.

Die landwirtschaftlichen Syndikate haben sich überaus rasch entwickelt. Man zählt deren heute 1188 mit 398048 Mitgliedern. Ihre Wirksamkeit hat zu augenscheinlichen Resultaten die Verbreitung der Anwendung chemischen Düngers, die Verbesserung der Sämereien, die Verbesserung der Ackerbaumaschinen und der Viehzucht für den Kleinbetrieb. Unter den obigen Zahl figurieren nicht 224 Winzer-Syndikate, die natürlich ihre Hauptanstrengungen auf die Vernichtung der Reblands richten. Die landwirtschaftlichen Syndikate teilen sich in zwei Gruppen, in die ausschließlich landwirtschaftlichen und in die der Nebengewerbe, die auch politische und soziale Ziele im Auge haben.

Die meisten Fachvereine weist natürlich das Seine-Departement (Paris) auf, nämlich 776 mit 287358 Mitgliedern.

(Franz. Sig.)

Von Nah und Fern.

München, 23. Juli. Nach einer Blättermeldung aus Tegernsee leintete heute morgen 2 Uhr auf dem Tegernsee ein Boot. Von den vier Insassen sind zwei ertrunken.

Friedrichshagen am Bodensee, 22. Juli. Ein etwa 16 bis 17 Jahre altes Mädchen, das gute Herrenkleider trug und

die Haare kurz geschnitten hatte, wurde nach schwäbischen Blättern hier in einer Wirtschaft betroffen, als es zehnende Handwerksburschen regalirte. Auf dem Rathaus gab das "Herrchen", das aus der Schweiz kam, seinen richtigen Namen an, worauf die in Ravensburg lebenden Eltern telefonisch unterrichtet wurden. In einem Palet, das dem Mädchen gehörte, fand man einen geladenen Revolver. Ein Schuhmann begleitete es auf den Hafenbahnhof, da es mit dem Zug heimfahren sollte. Als er den Damm überschritt, stürzte sich das Mädchen über die Hafenseite in den See. Nach großer Mühe konnte es mit Haken lebend herausgezogen werden. Es wurde in das Krankenhaus gebracht, wo es von Vater und Schwester abgeholt wurde.

Burgberg, 22. Juli. Ein Gewitter rückte im Moselthale große Verheerungen an, zerstörte zahlreiche Weinberge und vernichtete größtenteils die Ernte. Mehrere Personen sind von Blitz getötet.

Habre, 22. Juli. Im hiesigen Hofen fand eine Kollision zwischen dem französischen Dampfer St. Marc und dem englischen Dampfer Fontaine Abbey statt. Ersterer sank sofort und blockiert nun den Hafeneingang fast vollständig.

Barcelona, 22. Juli. Ein reicher Fabrikant Namens Ribot wurde verhaftet, dem Kriegsgericht überreicht, weil er einen Anarchisten am Tage nach der großen, durch die Anarchisten veranlaßten Explosion bei sich verborgen hatte. Man nimmt an, daß Ribot dies nur aus Furcht gethan hat.

Gedichte von Robert Burns.

Für den Sturmwind der Leidenschaften wie für das silfeste Glüsten der Freude war die Leier des unsterblichen schottischen Dichters gleicherweise bestimmt. Dem Bauer seiner Poesie kann niemand sich entziehen, dessen Herz für Liebe und Freiheit erglüht. Nur zwei Beispiele für unzählige:

Ein armer Mann, ein braver Mann.
Ein armer Mann, ein Ehrenmann
Trägt hoch sei. Haupt, trog allem, sonst sehn wir für feig ihn an, Wie arm und stolz, trog allem,

Trotz allem und allem,
Kühnloser Plag' und allem.
Nang ist ein Kindespräge nur,
Der Mann das Gold, trotz allem.

Und haben wir auch schlichte Lust
Und schlichtes Fleib, samt allem,
Laßt Karren Seide, Schelmen Post,
Der Mensch ist Mensch, trotz allem.

Trotz allem und allem,
Dem öden Prunk und allem.
Der Ehrenmann, ob noch so arm,
Sicht oben an, trotz allem.

Das Blüschchen dort, das nennt sich Lord,
Stolziger und stiert, samt allem,
Wohl hundert lauschen auf sein Wort,
Er ist ein Tropf, trotz allem.

Trotz allem und allem,
Trotz Band und Stern und allem.
Ein freies Aug', ein helles Aug'
Lugt aus und lacht zu allem.

Ein König manchen adehn kann
Zum Herzog, Fürst und allem,
Doch zu einem braven Mann?
Es gleicht in keinem Falle dem.

Trotz allem und allem,
Trotz Würden und trotz allem,
Ein heller Sinn, ein hoher Sinn,
Hoch steht er über allem.

Drum jeder flich', daß es gescheh',
Es wird gescheh'n, trotz allem,
Doch Geist und Wert die ganze Erd'
Regieren soll, trotz allem.

Trotz allem und allem,
Es wird gescheh'n, trotz allem,
Doch Mensch dem Menschen überal'
Ein Bruder sei, trotz allem.

Wollt' er nur fragen.
Wollt' er nur fragen,
Wollt' er nur fragen.
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch sagen!

Wenn er mich bitten soll',
Könnt' ich's versagen?
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wenn er mich küssen sollt',
Könnt' ich da klagen?
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wollt' er nur fragen,
Wollt' er nur fragen,
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wollt' er nur fragen.
Wollt' er nur fragen,
Wollt' er nur fragen.
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch sagen!

Wenn er mich bitten soll',
Könnt' ich's versagen?
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wenn er mich küssen sollt',
Könnt' ich da klagen?
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wollt' er nur fragen,
Wollt' er nur fragen,
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wollt' er nur fragen.
Wollt' er nur fragen,
Wollt' er nur fragen.
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch sagen!

Wenn er mich bitten soll',
Könnt' ich's versagen?
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wenn er mich küssen sollt',
Könnt' ich da klagen?
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wollt' er nur fragen,
Wollt' er nur fragen,
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch fragen!

Wollt' er nur fragen.
Wollt' er nur fragen,
Wollt' er nur fragen.
Wenn er mich haben wollt',
Müßt' er doch sagen!

sich darum handeln sollte, diejenigen, welche Sie um die 1700 Mark betrogen haben, zu relognizieren, nehmen ich mir die Freiheit, Ihnen freies Vogis auf Kosten der belgischen Staatsbehörde anzusegnen." Auf diese Weise geschah es denn, daß Herr B. die geplante Reise nach dem Lande der Freiheit nicht antreten konnte, und daß er statt dessen in beschaulicher Einsamkeit hier auf den Moment wartet, wo er zwar um 5500 M. ärmer, aber um eine Erfahrung reicher, wieder nach der Heimat zurückzudampfen wird.

Briefkasten der Redaktion.

C. A. Wir bedauern, den Wortlaut des vom Gewerkschaftsamt ausgearbeiteten Entwurf eines Status für den geplanten Arbeitsnachwuchs nicht wiedergeben zu können, da wir ihn selbst nicht kennen. Vielleicht sendet Ihnen einer der Gewerkschaftsvertreter zum Abdruck ein.

Otto B. Wir raten Ihnen, sich in Städtern untersuchen zu lassen.

Auskunft in Rechtsfragen.

N. A. Wir bedauern, den Wortlaut des vom Gewerkschaftsamt ausgearbeiteten Entwurf eines Status für den geplanten Arbeitsnachwuchs nicht wiedergeben zu können, da wir ihn selbst nicht kennen. Vielleicht sendet Ihnen einer der Gewerkschaftsvertreter zum Abdruck ein.

R. A. 1. Das Eigentum der Frau kann nicht geprädet werden. 2. Wird Ihnen der Oberschulzfeld auferlegt, müssen Sie ihn leisten, wenn Sie nicht wollen, daß Sie in Zwangshaft genommen werden. Auch kann Lohnbeschlagnahme erfolgen.

N. St. Die Wortentziehung stützt sich auf die §§ 8 und 9 des Vereinsgesetzes.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 23. Juli: 190. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, braun).

Neu einstudiert:

Der jüngste Lieutenant.

Posse mit Gesang in 4 Akten von E. Jacobson. Musik von G. Lehnhardt. Regie: Regisseur Prost. — Direktion: Musikkapellmeister Weyer.

von Alten, Oberst a. D., Unteroffizier : Dr. Krause

Majorin von Alten, seine Schwester : Dr. Buse

Hedwig, seine Tochter : Dr. Müller

Blitzscherlich, Volontär : Dr. Brand

Demmler, Ober-Inspektor : auf Groß-Bippelsdorf Dr. Klemser

Bunte, Diener : Dr. Seeler

Schönlin, Gutsbesitzer : Dr. Greiner

Eva, seine Tochter : Dr. Saugora

Bernhard, sein Sohn, Avantagere : Dr. Prost

Tragott, Michael, Dorfälpler : Dr. Freile

Bertha, seine Tochter : Dr. Unger

Strahl, Gastwirt : Dr. Poche

Ursula, seine Tochter : Dr. Büchmann

Emil : Schulkinder : Gretchen Kellermann

Anna : Bauern. Schulkinder : Emma Kitter

Ort der Handlung: Rittergut Groß-Bippelsdorf. — Zeit: Die Gegenwart.

Nach dem 2. und 8. Akt finden längere Pausen statt.

Einlaß: 1/2 Uhr. Ansang 7 Uhr. Ende 1/2 Uhr. Schaus.-Preise.

Villet-Vorlaß an der Tagessäle von 10 (Sonnt. u. Festtag von 10 1/2) bis 8 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Karte von 80 Pf.) von 1—8 Uhr.

Spieldaten: Freitag: Waldmeister. Ansang 7 Uhr. — Sonne-

abend: Liebelie. Vorher: Winterschauer. Ansang 7 Uhr

Altes Theater.

Vis Sonnabend: Geschlossen.

Küchenzettel der südländischen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johanniskirchplatz): Weiße Bohnen mit geräuch. Wurst.